

# IRS AKTUELL

Magazin für Raumbezogene Sozialforschung

## Wie die Zeit in die Raumforschung kommt

Digitale Kreativität – Innovationsverläufe verstehen

Klima und Energiewende – Wege zur Politikformulierung

Migrationsdynamiken – Städte im Steuerungsdilemma

Ortsbiographien – Im Kleinen das Große entdecken

# Nachruf

## Dr. Tassilo Herrschel

von Manfred Kühn



Das IRS trauert um Tassilo Herrschel, ehemaliges Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates (2014 bis 2018), der im Alter von 61 Jahren Ende Oktober dieses Jahres überraschend verstorben ist. Tassilo Herrschel war Reader (Associate Professor) in Urban and Regional Development and Governance im Department of Politics and International Relations an der University of Westminster in London. Zusammen mit Peter Newman leitete er dort das Centre for Urban and Regional Governance.

Herrschel studierte Geografie an den Universitäten Köln und Bonn (MSc) und promovierte am University College London (PhD). Im Rahmen seiner langjährigen Tätigkeit an der Westminster University erwarb er sich eine internationale Reputation als Experte für die Governance von Städten und (Metropol-)Regionen. Dabei galt sein besonderes Interesse dem Verhältnis von Städten und Staaten im Globalisierungsprozess sowie der postsozialistischen Transformation von Städten in Grenzregionen. Es zog ihn immer wieder in die Staaten Ostmitteleuropas sowie die Grenzregionen zwischen Deutschland und Polen, wohin er viele Exkursionen für die Studierenden anbot. Eine dieser Exkursionen brachte ihn auch an das IRS nach Erkner. Das Institut lud ihn im Rahmen des IRS Fellowship Programms zu einem Gastvortrag ein, den er im Juni 2013 zum Verhältnis von Metropolregionen und Peripherisierungsprozessen hielt. Daraufhin ergaben sich weitere gemeinsame Aktivitäten zur Gestaltung von Fachsitzungen auf Tagungen wie der American Association of Geographers und der Royal Geographical Society.

Tassilo Herrschel war ein überaus aktiver und produktiver Forscher. Er war Mitglied im Beirat der Regional Studies Association und Vorsitzender der Post-Socialist Geographies Research Group der Royal Geographical Society. Er publizierte eine Vielzahl von Büchern zu fachübergreifenden Themen, teilweise im Jahresabstand. Zu seinen bekanntesten Büchern dürften die Titel „Borders in Post-Socialist Europe“ (2011), „The Role of Regions: Networks – Scale –Territory“ (2011 zusammen mit Pontus Tallberg) „Cities, State and Globalisation“ (2014) und „Cities as International Actors“ (2015 zusammen mit Peter Newman) zählen.

Tassilo Herrschel bereitete sich gerade auf einen Umzug von Großbritannien nach Deutschland vor. Sein früher Tod hat diesen Plan nun vereitelt.

Das IRS wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

# In dieser Ausgabe



► Vom Raum zur Zeit und zurück? Raumzeitlichkeit als neue Perspektive der IRS-Forschung



► Dörfer, Designer und digitale Innovationen



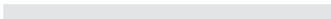
► Zunehmend kritisch



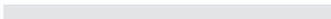
► Dynamiken der Zuwanderungsdiskussion: Stadtpolitik im Dilemma



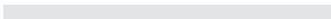
► „Planer arbeiten ja nicht im luftleeren Raum“  
Was die Gestaltung von städtischen Orten im Zeitverlauf über gesellschaftlichen Wandel aussagt



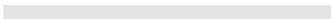
► Nachrichten aus dem Institut



► Personalien



► Impressum



► Energy Futures Conference  
Emerging Pathways in an Uncertain World!



## Liebe Leserinnen und Leser,

Kalender und Uhren sind aus unserem Alltag nicht wegzudenken. Sie erinnern uns ständig daran, dass die Zeit vergeht. Gleichförmig und immer in die gleiche Richtung gerichtet, so unerbittlich wie der griechische Gott Chronos. Zugleich können aber auch Uhren und Kalender nichts daran ändern, dass das Zeitempfinden ganz anders sein kann. Mal dehnen sich die Sekunden, werden gleichsam zur „langen Weile“. Mal scheint die Zeit für einen Moment stillzustehen, kurz bevor etwas ganz Wichtiges passiert. Und es gibt besondere Momente, Konstellationen, in denen Dinge möglich werden, die sonst unmöglich scheinen, den Kairos. Die physikalische Zeit, die dem Euklidischen Raum gleichsam als vierte Dimension zugefügt werden kann, wird also überlagert von sozialer Zeit: mit Bedeutung aufgeladenen Momenten, institutionell etablierten Rhythmen oder organisatorisch notwendigen Koordinierungen.

Im aktuellen Forschungsprogramm des IRS (2019 bis 2021) haben wir uns vorgenommen, der Zeit etwas genauer auf die Spur zu kommen. Genauer gesagt, interessieren wir uns dafür, die Räumlichkeit von sozialem Handeln stärker in ihrer Interaktion mit der Zeit zu denken. Wir bauen dabei auf Forschungen auf, etwa zur Prozesshaftigkeit von Innovationen, erkunden aber auch für uns neue spannende sozialwissenschaftliche Fragen, etwa zu Diagnosen der Be- und Entschleunigung von Teil-Gesellschaften oder zu Fragen der Synchronisation als einer bisher vernachlässigten Ebene in der Analyse von Governance.

Ach ja. Ein ganz persönlicher besonderer Zeitpunkt soll hier nicht unerwähnt bleiben. Nach meiner Ernennung zum Professor für Raumbezogene Transformations- und Sozialforschung an der BTU Cottbus-Senftenberg am 24. Juni 2019 bin ich mit Wirkung zum 1. Juli dieses Jahres zum neuen Direktor des IRS bestellt worden. Nachdem ich bereits fast zehn Jahre lang als Leiter der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ am IRS gearbeitet habe, verändert sich durch die neue Funktion doch noch einmal die Wahrnehmung auf das IRS, nicht zuletzt auch die der Zeit. Die Gedanken wandern entlang längerer Linien, in die Vergangenheit und Zukunft. Zugleich wird der ohnehin schon hektische Alltag noch einmal beschleunigt. Langeweile wird, so fürchte ich, wohl in den kommenden Jahren zu einem erstrebenswerten Luxus. Auf jeden Fall wird es eine intensive, ereignisreiche und spannende Zeit, auf die ich mich sehr freue.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Oliver Ibert, Direktor



Foto: Korn V./stock.adobe.com

## Vom Raum zur Zeit und zurück?

# Raumzeitlichkeit als neue Perspektive der IRS-Forschung

Dass das IRS Räume und Räumlichkeiten erforscht, ist bekannt. In seinem neuen Forschungsprogramm „Städte und Regionen als offene Handlungszusammenhänge“ (2019-2021) legt das Institut nun einen Schwerpunkt auf die gemeinsame konzeptionelle Arbeit zu „Raum-Zeit-Dynamiken“. Was bedeutet das? Es geht den Forscherinnen und Forschern darum, herauszufinden, wie sich die vielfältigen Gegenstände der IRS-Forschung in Raum und Zeit manifestieren, ausbreiten und verändern. Dazu wird theoretisches und methodologisches Rüstzeug gebraucht: Wie kann man Zeit und „Zeitlichkeit“ verstehen? Wie verhalten diese Größen sich zum angestammten Forschungsgegenstand Raum? Mit welchen Methoden lässt sich diese Wechselbeziehung erfassen? Und schließlich: Welche neuen Erkenntnisse bringt diese Perspektive?

Zeit und  
Zeitlichkeit beruhen  
auf sozialen  
Übereinkünften,  
sie werden unter  
Akteuren  
ausgehandelt,  
mit Macht  
durchgesetzt  
und als Normen  
vorgegeben.

Raum und Zeit sind die beiden zentralen Ordnungssysteme des menschlichen Erlebens und Denkens. Der Raum erfasst dabei die Ordnung der Dinge im Beieinander, die Zeit beschreibt hingegen ihre sequenzielle Ordnung (nacheinander). Für viele wissenschaftliche Fragestellungen ist es sinnvoll, Raum und Zeit analytisch voneinander zu trennen. Eine Karte etwa ist ein geeignetes Medium, um Raumstrukturen offenzulegen. Das hat aber immer auch den Preis, dass die Prozesse, die den Strukturen zugrunde liegen, sozusagen eingefroren werden. Umgekehrt liefern sozialwissenschaftliche Prozessmodelle, etwa von Innovationsprozessen oder Krisen, gute Einblicke in die Dramaturgie der typischerweise aufeinander folgenden Handlungen. Aber sie unterschlagen die räumlich ungleiche Verteilung von Beteiligten und Betroffenen, von Ursachen und Auswirkungen.

Das IRS hat sich bereits mit zeitlichen Ordnungen beschäftigt und sie in Bezug zu räumlichen Ordnungen gesetzt. Seit 2015 untersucht etwa die Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ soziale Innovationsprozesse in Landgemeinden. Die Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ thematisiert institutionelle Wandlungsprozesse bei der Bereitstellung von Infrastrukturen. Schließlich verfügt das IRS mit der Historischen Forschungsstelle über eine Abteilung, welche die jüngere deutsche Planungsgeschichte erforscht – historisch, also mit explizitem Zeitbezug. Doch mit dem aktuellen Forschungsprogramm möchte das Institut weiter gehen. Die Raumzeitlichkeit soll zu einer eigenständigen Untersuchungsgröße und Analysekategorie aufgewertet werden, die, theoretisch und methodologisch unterfüttert, vielleicht zu ganz neuen Erklärungen für soziale Phänomene führen kann – etwa, warum manche politischen Steuerungsversuche gelingen und andere scheitern.

Im Alltag sind wir es gewohnt über Zeit im Sinne der Idee des Chronos nachzudenken. Zeit ist demnach etwas objektiv Gegebenes. Sie verläuft gleichförmig, immer in dieselbe Richtung, unabhängig von einem Beobachter und an jedem Ort gleich. Techniken der Zeiterfassung, wie Uhren oder Kalender bestätigen uns in dieser Auffassung. Sozialwissenschaftliche Ansätze heben demgegenüber den sozial konstruierten Charakter von Zeit hervor: Zeit und Zeitlichkeit beruhen auf sozialen Übereinkünften, sie werden unter Akteuren ausgehandelt, mit Macht durchgesetzt und als Normen vorgegeben. Die Notwendigkeit, Zeit über viele Orte hinweg synchron und gleich genau zu messen, entstand beispielsweise erst, als im 19. Jahrhundert Eisenbahnnetze gebaut und Fahrpläne aufgestellt wurden. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist hier interessant, wie die beteiligten Akteure – etwa Eisenbahngesellschaften, Verwaltungen, Handel, Uhrenhersteller, Passagiere – zu einem gemeinsamen Verständnis davon kamen, auf welche Art Zeit gemessen, angezeigt, dokumentiert und genutzt werden soll. Durch solche Vorgänge ändert sich die Vorstellung, die eine Gesellschaft sich von der Zeit macht, und damit auch das, was Menschen als „objektive“ Wirklichkeit von Zeit erleben.

Für die sozialwissenschaftliche Forschung über Zeit und Zeitlichkeit gelten einige grundlegende Überlegungen:

### Zeit ist relational

Umgebungen, die sich permanent im Fluss befinden, wie etwa die Meeresbrandung oder der Inhalt einer Lavalampe, ebenso wie Umgebungen, die scheinbar reglos und unveränderlich sind, wie etwa eine Steinwüste, erzeugen beim Betrachter den Eindruck von Zeitlosigkeit. Umgebungen, in denen Vergänglichkeit und Stabilität hingegen im Kontrast erlebt werden können, etwa eine Stadt, in der das Nebeneinander von histori-

schen und futuristischen Gebäuden, junger und alter Generationen, von obsoleten und modernen Technologien, eindringlich erlebt werden kann, erzeugen eindrücklich Erlebnisse von Zeitlichkeit.

### Der menschliche Körper dient als Maßstab für Zeitlichkeit

Eindrücke von Zeitlichkeit sind eng gebunden an unser körperliches Erleben. Die Zeitlichkeit von Prozessen, die, wie der Klimawandel, unsere Lebenszeit deutlich übersteigen, bleiben in der Wahrnehmung abstrakte Bedrohungen. Computer-Programme, die in ihrer Reiz-Reaktions-Sequenzierung auf die Beschränkungen unserer Sinnesorgane abgestimmt sind, werden nicht zufällig als „Echtzeit-Simulationen“ bezeichnet. Interaktionen wie das sogenannte High-Frequency Trading, also der sehr schnelle Handel mit Wertpapieren oder Devisen, sind hingegen sinnlich nicht mehr erfahrbar. Sie müssen daher an Algorithmen und hochleistungsfähige Computer delegiert werden.

### Sozial konstruierte Zeit verläuft nicht gleichförmig

So lässt sich Zeitdruck durch das Setzen von Fristen erzeugen. Umgekehrt können Organisationen absichtsvoll zeitliche Puffer einplanen. Auch ist sozial konstruierte Zeit nicht raumlos. So können Orte von hoher Zeitintensität geschaffen werden, etwa ein Workshop bei dem Wissenschaftler intensiv zusammenarbeiten oder eine Party, bei der viele Begegnungen mit Freunden in kurzer Zeit stattfinden. Durch das Setzen besonderer Momente, in denen sich alle einig sind, dass es jetzt zählt, man denke an das Finale der Fußball-WM oder die Premiere eines Theaterstücks, kann der Verlauf der Dinge entscheidend beeinflusst werden. Dafür wurde der Begriff des „kairos“ geprägt. Ebenso werden Orte der Entschleunigung und Entspannung geschaffen – man denke an die in Italien initiierte Bewegung Cittàslow („langsame Stadt“), die versucht die



Foto: VERSUSstudio/shutterstock.com

zunehmende Vereinheitlichung der Städte durch kapitalistische Wertschöpfungsformen wie Franchise-Ketten zu verhindern. Letztere assoziiert die Bewegung mit zunehmender Beschleunigung und zeitlicher Fremdbestimmung der Menschen. Zeitkonventionen wie Pünktlichkeit oder Termintreue bedürfen der Technologien zur Erfassung (oder besser: Erzeugung) von objektiver Zeitlichkeit. Aber zugleich wird Zeit auch – vermittelt durch kulturelle Werte – subjektiv höchst unterschiedlich erlebt.

### Unterschiedliche Zeitlichkeiten koexistieren

Unterschiedliche Gruppen, Akteure oder Subkulturen, Orte und Öffentlichkeiten folgen unterschiedlichen Zeitregimen, sie gehen also mit Zeit grundlegend unterschiedlich um. Insbesondere dann, wenn diese multiplen Zeitlichkeiten auf engem Raum aufeinanderstoßen, etwa in einem migrantisch geprägten Quartier (► Seite 43), oder wenn verschiedene Gruppen trotz unterschiedlicher Zeitregime gemeinsame Ziele erreichen wollen, ergeben sich daraus Herausforderungen der Asynchronität und Notwendigkeiten zur Synchronisierung. Umgekehrt sind aber auch Strategien der zeitlichen Entkopplung vorstellbar, etwa in Form eines „Sabbaticals“ oder einer „Klausur“, damit Menschen sich von zeitlicher Taktung befreien – etwa um auf neue Ideen zu kommen.

### Raum und Zeit sind ineinander überführbar

Oft werden räumliche Kategorien bemüht um zeitliche Größen auszudrücken (z.B. der „Zeitraum“ zwischen den Jahren) oder zeitliche Größenordnungen als Maß für räumliche Distanzen genutzt (etwa der „Acht-Stunden-Flug“). Doch über sprachliche Metaphern und Konkretisierungen hinaus, können Raum und Zeit sogar ansatzweise ineinander überführt werden. In einer Studie zur Umstrukturierung von Börsenplätzen zeigte die Soziologin Karin Knorr-Cetina beispielsweise, dass das traditionell räumliche Setting einer Börse, der Handelsraum, in welchem Händler sich wie auf einem Marktplatz persönlich begegnen und sich frei zwischen verschiedenen Knotenpunkten bewegen können, durch die Einführung von computerbasierten Echtzeit-Aktualisierungen von Kurswerten (via Ticker) einen eher zeitlichen Charakter bekommen hat: Er bindet die Händler an Monitore, auf denen „der Markt“ sich als sequentielle Abfolge von Kurswerten darstellt.

Alle fünf Leitprojekte des 2019 begonnenen Forschungsprogramms, wie auch einige Drittmittelprojekte, beschäftigen sich mit Aspekten von Raumzeitlichkeit. Es gibt zahlreiche Unterschiede, es gibt aber auch bedeutende Querbezüge, die in Zukunft womöglich als Bausteine für eine integrierte Forschungskonzeption zu Raumzeitlichkeit dienen können. In den folgenden Beiträgen werden drei dieser verbindenden Elemente vorgestellt. Im Beitrag ab ► Seite 10 geht es um Prozesse der Innovation und der organisierten Kreativität. Im Beitrag ab ► Seite 16 wird eine neue Zeit-Heuristik vorgestellt, die in Forschungsprojekten zur Infrastrukturpolitik im Bereich Energiewende und Klimaanpassung Anwendung findet. Im Beitrag ab ► Seite 22 geht es um (raum-)zeitliche Desynchronisierung als Herausforderung für politische und administrative Steuerung am Beispiel von Migration- und Stadtentwicklungspolitik. Im Interview ab ► Seite 27 geht es anhand der Methode der „komplexen Ortsbiographie“ um die Frage, was die Ausgestaltung und Veränderung einzelner Orte über gesellschaftliche Wandlungsprozesse aussagt. ■

---

## KONTAKT



► **Prof. Dr. Oliver Ibert** | Tel. 03362 793 152 | [oliver.ibert@leibniz-irs.de](mailto:oliver.ibert@leibniz-irs.de)

Oliver Ibert ist Direktor des IRS und Professor für Raumbezogene Transformations- und Sozialforschung an der BTU Cottbus-Senftenberg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Innovationsprozesse, Prozesse der ökonomischen Wertkreation, regionalökonomische Transformation sowie die raum-zeitlichen Dynamiken von Krisen und Resilienzkonstruktionen.



Fotos: li: rh2010/stock.adobe.com, re: dusanpetkovic1/stock.adobe.com

## Dörfer, Designer und digitale Innovationen

Digitale Technologien sind Ergebnisse von Innovation und verändern zugleich auch die Art, wie Neues geschaffen wird: Ideen zirkulieren online, kreative Erzeugnisse werden geteilt und rekombiniert. Digitale Vernetzung erweitert auch die Möglichkeiten zur Kooperation über Distanz. Zwei Forschungsabteilungen des IRS widmen sich in ihren Leitprojekten dieser reflexiven Dynamik. Anhand von Designprozessen in der Mode und mit Hilfe von Digitalisierungsprozessen in Dörfern zeigen sie, wie digitale Technologien in vormals analogen Domänen aufgegriffen werden und welche Veränderungen sie bringen.

## Was wir über Innovationsprozesse bisher gelernt haben

Innovationen wandern durch viele Orte und Territorien, passieren viele Hände und Köpfe. Die beteiligten Akteure hinterlassen dabei ihre Spuren, die Innovationen verändern sich.

Im IRS haben vor allem zwei Forschungsabteilungen Innovationen beforscht, sowohl in ihren Leiprojekten als auch in Drittmittelprojekten. Ging es in den Projekten der Abteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ um eine große Bandbreite von Innovationen – in High-Tech-Industrien, Dienstleistungsbranchen, Nutzer-Communities und der Kreativwirtschaft – hat die Abteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ sich auf die Frage konzentriert, wie soziale Innovationen in ländlichen Räumen entstehen und vor Ort neue Perspektiven eröffnen. Das von beiden Abteilungen gemeinsam eingeworbene DFG-Projekt „InnoPlan“, untersuchte Prozesse sozialer Innovationen in der räumlichen Planung. Aus dieser abteilungsübergreifenden Arbeit hat sich eine gemeinsame Perspektive entwickelt – gewissermaßen eine Innovationsforschung „Made in Erkner“. Zentral steht dabei die Frage, wie Innovation überhaupt definiert werden kann.

Das IRS verfolgt eine breite Definition, die über rein wirtschaftliche oder technologische Innovationen hinausgeht und sich eher am Begriff der sozialen Innovation orientiert. Es geht also im weitesten Sinn um die Entstehung, Umsetzung und Verbreitung von Neuerungen, die Probleme lösen oder auf andere Weise Wert stiften – dies schließt neuartige soziale Praktiken explizit ein. Eine neue Freizeitaktivität (wie das in einer IRS-Studie beleuchtete Geocaching) kann demnach als Innovation verstanden werden, genauso wie das (relativ neue) systematische Arbeiten mit Zwischennutzungen in der Stadtplanung oder das Konzept eines ländlichen Multifunktionsladens, der den traditionellen Dorfladen um neue Angebote wie Post-, Bank- oder Apothekendienste erweitert. Ein weiteres Charakteristikum dieser Forschung ist ihr Fokus auf Prozessverläufe und die Methoden, mit der Prozesse untersucht werden: Mit „Innovationsbiographien“ rekonstruieren Forscherinnen und Forscher erfolgreiche Innovationen nachträglich und verfolgen sie zu ihren Ursprüngen zurück. Sie zeichnen ihre Ausbreitung und ihre Entwicklung in Raum und Zeit nach, benennen die entscheidenden Akteure und die Beziehungen zwischen ihnen. Für dieses Vorgehen gibt es gute Gründe.



Foto: diego cervo/stock.adobe.com

Erstens sind Innovationsprozesse mobil und multilokal. Die Entstehung von Innovationen wird durch die Gegebenheiten an ganz konkreten Orten inspiriert und befördert, etwa durch die kreative Spannung, die entsteht, wenn Fachleute unterschiedlicher Disziplinen sich täglich begegnen und an praktischen Problemen arbeiten. Doch sobald jemand eine zündende Idee hat und sie umsetzen möchte, kommen andere Orte ins Spiel, etwa die Standorte von Kooperationspartnern, Förderungseinrichtungen, Gatekeepern (also Akteuren, die den Zugang zu einem Feld „bewachen“, etwa Zulassungsbehörden), wagemutigen Erstkunden oder spezialisierten Produzenten und Dienstleistern. So entstehen neue lokale und regionale, nationale und internationale Verbindungen. Eine erfolgreiche Innovation ist am Ende durch viele Orte und Territorien gewandert.

Zweitens verändern die Innovationen sich im Lauf dieser Prozesse. Eine Innovation passiert viele Hände und Köpfe, und die beteiligten Akteure hinterlassen ihre Spuren. Dabei können in den verschiedenen Phasen ganz unterschiedliche Akteure beteiligt sein.

Für die Rolle kreativer Zentren können plattformbasierte Vermittlungen spürbare Konsequenzen haben. Der Nimbus etablierter Modestädte als Zentren der Kreativität könnte hinterfragt werden, andere Orte, virtuell oder physisch, könnten auf der Karte erscheinen.

Folglich ist drittens die Kreativität, die in einer Innovation steckt, nicht das Produkt eines einzelnen geniehaften, visionären Geistes (obwohl solche durchaus ihren Platz in Innovationsprozessen haben), sondern ein Effekt von gemeinsamem Handeln, mal planvoll gesteuert, mal durch glückliche Fügung ermöglicht.

Mit ihrem Fokus auf den Prozess beantwortet die IRS-Innovationsforschung Fragen wie:

- Welche Entwicklungsphasen müssen durchlaufen werden, damit eine Innovation gelingt?
- Welche Orte, Akteure und Beziehungskonstellationen nehmen dabei jeweils Einfluss?
- Wo beginnt und endet eine Innovation und welche Orte und Territorien berührt sie auf dem Weg?
- Wie lange kann offen experimentiert und wann muss eine harte Auswahlentscheidung getroffen werden – etwa für eine Technologie, ein Produkt oder ein Geschäftsmodell?
- Was sind Wendepunkte und ab wann gibt es bei einer Entwicklung kein Zurück mehr?
- Welche Rolle spielen Phasen der Unterbrechung, des zeitweisen Scheiterns oder Stillstands und der Neuorientierung?
- Was findet gleichzeitig und was nacheinander statt?
- Welche Aktivitäten müssen zusammengeführt und welche voneinander abgetrennt werden – räumlich, aber auch zeitlich?

Die so gewonnen Erkenntnisse sind auch für die Praxis relevant. Das im IRS entwickelte innovationspolitische Strategiekonzept der „Offenen Region“ zeigt beispielsweise, wie Regionen Innovationsprozesse stimulieren, wie sie von ihnen profitieren und wie sie sich an ihnen beteiligen können, auch wenn diese nur zu einem kleinen Teil im eigenen Territorium stattfinden. In einigen regionalen Innovationsstrategien wurden diese Gedanken bereits aufgegriffen. Auch für ländliche Räume hat die IRS-Innovationsforschung zu konkreten Politikempfehlungen geführt. Diese zielen darauf ab, ländliche Innovationen zur Überwindung spezifischer Problemlagen (z.B. in der Nahversorgung oder hinsichtlich Mobilität) zu ermöglichen und zu begleiten, durch Coaching und Beratung für lokale Aktive etwa. Aber auch Förderprogramme können vor dem Hintergrund dieser Forschungen so angepasst werden, dass beispielsweise einzelne Innovationsphasen stärker berücksichtigt und Kooperationen auch ortsübergreifend erleichtert werden.

### Von Designplattformen und digitalisierten Dörfern

Im aktuellen Forschungsprogramm wenden sich beide Forschungsabteilungen den Wechselwirkungen zwischen Digitalisierung und innovativen, kreativen Prozessen zu. Im Leitprojekt „Plattform-Ökologie: Kreative Zusammenarbeit im Spannungsfeld zwischen virtuellen und konkreten Räumen am Beispiel von Modedesign“ werden die Beiträge von Online-Plattformen zu Designprozessen in der Modeindustrie erforscht.

Die Modewelt organisiert Kreativität immer schon über lange Distanzen hinweg. Man trifft sich bei Messen und Fashion Events, Ideen reisen global, und das Importieren des „Fremden“ in die eigene Arbeit ist das tägliche Brot von Designerinnen und Designern. Zugleich entscheidet die eigene Standortwahl maßgeblich über den Erfolg mit. Die großen Modestädte wie Paris, London und Mailand behaupten bislang ihre Stellung als Zentren der Kreativität.

Wie spielen nun digitale Plattformen in Kreativprozesse der Mode hinein? Plattformen dienen nicht nur der Publicity – auch Crowdfunding bzw. Crowdsourcing, Designkollaboration oder Produktionsleistungen können online vermittelt werden. Auch Inspiration lässt sich durch visuelle Online-Medien wie Instagram gewinnen. Andererseits lassen sich viele für die Mode wertentscheidende Größen wie die Haptik und Verarbeitungsqualität eines Materials schwer digital vermitteln.

Das Projekt versucht, das Ineinandergreifen verschiedener spezifischer Austauschbeziehungen im Verlauf eines kreativen Designprozesses (etwa die Entstehung einer neuen Modekollektion) zu verstehen. Manche dieser Austauschbeziehungen sind online vermittelt, manche werden traditionell im persönlichen Kontakt gepflegt. Wieder geht es also um das Zusammenspiel von Räumlichkeit und Zeitlichkeit, dieses Mal jedoch erweitert um die Möglichkeit der Online-Vermittlung über große physische wie auch kulturelle Distanzen. Sowohl für die Organisation von Kreativprozessen, als auch für die Rolle kreativer Zentren können solche plattformbasierten Vermittlungen spürbare Konsequenzen haben. Der Nimbus etablierter Modestädte als Zentren der Kreativität könnte hinterfragt werden, andere Orte, virtuell oder physisch, könnten auf der Karte erscheinen.

Um den digital vermittelten Kreativprozessen auf die Spur zu kommen, erarbeitet das Projektteam, bestehend aus Oliver Ibert, Anna Oechslen, Alica Repenning und Suntje Schmidt zunächst eine Gesamtübersicht der „Plattform-Ökologie“ der Mode: Welche digitalen Plattformen werden im Modedesign genutzt? In welchem Verhältnis stehen sie zueinander und in Bezug zu kreativen Prozessen im Modedesign und welche

Schnittstelle zwischen digitaler und analoger Welt schaffen sie jeweils? Auf diesen Gesamtüberblick folgen Rekonstruktionen von Design-Prozessen. Um dabei den Einfluss digitaler Technologien in der Modebranche abbilden zu können, nimmt das Projektteam beispielhaft verschiedene Designprozesse in den Blick: solche, die eher konservativ geprägt sind, also jene, die kaum mit digitaler Unterstützung arbeiten, und jenen, die stärker digitale Möglichkeiten in den Prozess einbinden.

Das Leitprojekt „Smart Villagers. Digitalisierungen und soziale Innovationen in ländlichen Räumen“ geht der Frage nach, wie die Digitalisierung Dörfer verändert und wie es zu Veränderungen kommt. Ländliche Räume, insbesondere in strukturschwachen Regionen, leiden häufig unter einem Rückstand bei der digitalen Infrastrukturversorgung. Es gibt jedoch Beispiele für Dörfer, in welchen innovationsorientierte Initiativen nicht nur vorhandene Defizite ausgleichen, sondern situations- und problemspezifisch neue lokale Lösungsmodelle entwickeln. Sie verbinden dabei neue Dienstleistungsangebote mit kreativen Anwendungen von Digitaltechnologie und mitunter auch ver-



Foto: Proxima Studio/stock.adobe.com

Digitalisierung ist mehr als 5G, so viel ist bekannt. Durch strukturierte Studien der Raumzeitlichkeit kann deutlich werden, wie situations- und ortsspezifische Faktoren sich im Zeitverlauf auswirken und damit ganz individuelle Ergebnisse hervorbringen.

besserten digitalen Infrastrukturen oder neuen Bildungsmodellen. Die Rede ist daher von digital unterstützten sozialen Initiativen. Dabei zeigt sich zum einen eine große Vielfalt von Handlungsgebieten und -ansätzen – von App-gestützten Mobilitätsdienstleistungen über Telemedizin zu Coworking Spaces, die im ländlichen Raum flexible Arbeitsformen und gleichzeitig Begegnungen ermöglichen, die sonst typischerweise nur in Städten zu Verfügung stehen. Zum anderen zeichnen sich die besagten Initiativen durch ihren ausgeprägten bottom-up-Charakter aus, was jedoch eine Unterstützung etwa durch Politiken der Landesebene nicht ausschließt. Das Projekt soll die Entstehungsprozesse solcher digital-sozialen Innovationen rekonstruieren – mit Blick auf die beteiligten Akteure, Gelegenheiten, Triebkräfte, Probleme und Wirkungen.

Diese Innovationsprozesse sind nicht zuletzt im Vergleich zu anderen sozialen Innovationen spannend: verlaufen sie anders oder gleich, schneller oder langsamer, großräumiger und vernetzter oder lokal und kleinräumig, entstehen Ideen in den Dörfern oder tragen sie Akteure von außen in die Orte? Aber auch Fragen wie der vermeintliche Widerspruch zwischen der allgemein als schnell empfundenen Digitalisierung mit ihren Auswirkungen auf einen beschleunigten Alltag einerseits, und andererseits die Wahrnehmung ländlicher Räume als „entschleunigt“ werden adressiert. Beschleunigt Digitalisierung das Leben in ländlichen Räumen oder wird es durch digitale Initiativen weniger stressig und ländliche Räume damit auch wieder für mehr Menschen attraktiv?

Räumlichkeit und Zeitlichkeit sind somit nicht nur abstrakte Themen der Innovationsforschung, sondern sollen auch als Lebenswirklichkeiten betrachtet werden. Das Projektteam interessiert sich zunächst für die letzten fünf Jahre – für diesen Zeitraum soll die Veränderung der untersuchten Dörfer intensiv beleuchtet werden. Doch dann soll auch die weiter in der Vergangenheit liegende Vorgeschichte ergründet werden. Fragen wie „Wer im Dorf hatte wann den ersten Computer?“ sollen Aufschluss darüber bringen, wann und wie eine Dorfgemeinschaft mit Digitaltechnologien in Berührung kam.

### Was bringt die neue Perspektive?

Welche wichtigen neuen Impulse sind nun von diesen Forschungen zu erwarten, speziell von der Anwendung des Gedankens der Raumzeitlichkeit auf digitale Innovation und Kreativität? Ein Merkmal beider Projekte ist, dass sie die Entstehung von Neuem an der Schnittstelle zwischen digitaler und analoger Welt untersuchen. Ob nun Modedesigner oder Smart Villagers: Es geht um kreatives Handeln, das digitale Technologien nutzt, aufgreift oder auch aktiv mitgestaltet. Es findet teils in virtuellen Räumen statt, wird aber in der materiellen Alltagswelt wirkmächtig. Weil darüber hinaus auch der Zeitverlauf der Entstehung von neuen Lösungen erforscht wird, steht am Ende hoffentlich eine neue vielschichtige Vorstellung von der Rolle digitaler Technologien in kreativen Prozessen – jenseits ihrer typischen Einordnung als Infrastruktur. Digitalisierung ist mehr als 5G, so viel ist bekannt. Durch strukturierte Studien der Raumzeitlichkeit kann deutlich werden, wie situations- und ortsspezifische Faktoren sich im Zeitverlauf auswirken und damit ganz individuelle Ergebnisse hervorbringen.

Letztlich wird dabei auch die Frage von Machtverhältnissen berührt werden. Wie viel Spielraum haben die untersuchten Akteure überhaupt, Lösungen so zu gestalten wie sie es wollen? Wo stoßen sie etwa an die Grenzen geschlossener, wohl aber translokaler Systeme? Und wer eignet

sich am Ende die Früchte ihrer Kreativität an? Sie selbst, die Gemeinschaften, zu denen sie gehören, oder etwa Konzerne mit datenbasierten Geschäftsmodellen? Auf der anderen Seite kann die intensive Beschäftigung mit Innovations- und Kreativprozessen dazu führen, dass veränderte Macht- und Aneignungsbeziehungen sichtbar werden. Alte (analoge) und neue (digitale) Monopole ringen um Einfluss oder verstärken sich womöglich gegenseitig. Am Ende kann sich aber auch ein emanzipatorisches Moment zeigen: Die Schaffung von Neuem, gespeist aus der analogen und der digitalen Sphäre, als Akt der Selbstbehauptung. ■

---

## KONTAKT



► **Prof. Dr. Suntutje Schmidt** | Tel. 0241 80 92309 | [suntutje.schmidt@geo.rwth-aachen.de](mailto:suntutje.schmidt@geo.rwth-aachen.de)

Suntutje Schmidt vertritt aktuell die Professur für Wirtschaftsgeographie an der RWTH Aachen. Zuvor war sie stellvertretende Leiterin der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ des IRS. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geographien der Arbeit, insbesondere kreativer Arbeit und prekärer Arbeitsmärkte, problemgetriebene Innovationen und regionale Innovationspolitik.



► **Dr. Ariane Sept** | Tel. 03362 793 146 | [ariane.sept@leibniz-irs.de](mailto:ariane.sept@leibniz-irs.de)

Ariane Sept ist stellvertretende Leiterin der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ des IRS. Aktuell forscht sie zu Digitalisierungsprozessen in Landgemeinden. Weitere Forschungsschwerpunkte sind soziale Innovationen, gesellschaftlich-räumliche Be- und Entschleunigung sowie europäische Stadt- und Regionalpolitiken.



► **Lukas Vogelgsang** | Tel. 03362 793 131 | [lukas.vogelgsang@leibniz-irs.de](mailto:lukas.vogelgsang@leibniz-irs.de)

Lukas Vogelgsang ist Doktorand in der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ des IRS. Er promoviert im Rahmen der DFG-Forschergruppe „Organisierte Kreativität: Praktiken der Induktion von und Umgang mit Unsicherheit“ an der FU Berlin. Das am IRS realisierte Teilprojekt der Forschergruppe und sein Promotionsvorhaben untersuchen die Steuerbarkeit von Kreativprozessen durch Organisationen.

# Zunehmend kritisch

Der Begriff „kritische Infrastrukturen“ hat Konjunktur. Aus dem Dunstkreis von Sicherheitsbehörden und Katastrophenschützern ist er in die allgemeine politische Diskussion diffundiert. Doch wie kommt es, dass manche Infrastrukturen als „kritisch“ eingestuft werden, und was folgt daraus? Die Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ untersucht diese Frage am Beispiel von Energienetzen und städtischen Infrastrukturanpassungen an den Klimawandel. Sie nutzt dabei einen neuen Forschungsansatz, der die Zeit neben dem Raum als gleichberechtigte Analysedimension in die sozialwissenschaftliche Infrastrukturforschung einführt.



Foto: urbans78/stock.adobe.com

Infrastrukturen für „kritisch“ zu erklären, ist ein neuer Weg, Aufmerksamkeit für sie zu generieren und Ressourcen für ihre technische Ausgestaltung zu mobilisieren.

Die kritischste Infrastruktur der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ ist der Computer der Projektassistentin. Wenige Wochen nach dem 30-stündigen Blackout in Berlin-Köpenick im Februar 2019 fiel er einem mehrstündigen Stromausfall in Erkner zum Opfer und musste ausgetauscht werden. Während die Abteilungsbeschäftigten mit Smartphone-Taschenlampen über dunkle IRS-Flure liefen und sich um ihre Daten sorgten, erfuhren sie am eigenen Leib, wie empfindlich hochtechnisierte Gesellschaften auf Netzausfälle aller Art reagieren. Ironischerweise traf der Ausfall die Abteilung in der Frühphase ihrer eigenen Forschung zur Kritikalität von Infrastrukturen.

Warum Infrastrukturen als kritisch gelten und was die Konsequenzen dieser Einordnung sind – diesen Fragen geht das neue Leitprojekt „Kritische Infrastrukturen. Die politische Konstruktion, Räumlichkeit und Governance von Kritikalität“ nach. Es setzt am schon länger etablierten Profil der Abteilung in der Infrastrukturforschung an, speziell ihrer Auseinandersetzung mit den Themen Energiewende und Klimaanpassung. „Kritisch“ – das bedeutet lebenswichtig und unverzichtbar. Es überrascht nicht, dass Infrastrukturen wie Energie-, Wasser- und Kommunikationsnetze dieses Prädikat erhalten. Sie gehören ja zur staatlichen Daseinsvorsorge. Ihre Unverzichtbarkeit legitimiert die erheblichen öffentlichen Ausgaben für sie.

Doch das Reden über kritische Infrastrukturen transportiert darüber hinaus noch einen spezifischen Sinn von Bedrohung. Es entstammt dem Sicherheitsdiskurs, der in der Folge der Anschläge vom 11. September 2001 zunächst in den USA, später in Europa die Verletzlichkeit vor allem aller digital vernetzten Systeme thematisierte. Seitdem hat die Wahrnehmung einer imminenten Gefährdung durch kriminelle Hacker, Terroristen und teils auch durch Geheimdienste, die mit Methoden der Cyberkriegsführung arbeiten, eher noch zugenommen.



Foto: Pavel/stock.adobe.com

In Deutschland ist vor allem den Sicherheitsbehörden und dem für sie zuständigen Bundesinnenministerium daran gelegen, kritische Infrastrukturen zu identifizieren – aber nicht nur. Auch der Kampf gegen Infrastrukturausfälle aufgrund von Extremwetterereignissen ist eine wichtige Wurzel des Diskurses um kritische Infrastrukturen in Deutschland. Die immer drängender werdende Klimafrage, schwere Hochwasser rund um die Jahrtausendwende wie auch die jüngsten Hitzewellen haben dazu beigetragen.

### Energiewende und Klimaanpassung als Forschungsfelder

Nun ist Infrastruktur traditionell eher kein Aufreger-Thema. Zu ihrem Wesen gehört, dass man sie normalerweise nicht wahrnimmt, zumindest wenn sie funktioniert. Viele Netze wie jene für Strom, Gas, Wasser, Abwasser und Telekommunikation sind wörtlich tief (wofür die Vorsilbe infra steht) im Boden verborgen. Andere, wie Straßen und Schienen, sind in unseren Alltag allgegenwärtig. Und doch benutzen wir sie mit so wenig bewusster Aufmerksamkeit, dass erst ihr Nichtfunktionieren uns ihre Bedeutung und ihre Komplexität vor Augen führt – wie etwa die Berliner S-Bahn-Krise ab dem Jahr 2009. Aufmerksamkeit erhalten auch solche Infrastrukturen, die neu entstehen, und unsere Umgebung in ungewohnter Weise verändern, wie etwa Windparks. Die

Infrastrukturen sind üblicherweise auf Dauer angelegt. Manche Infrastrukturen, wie etwa Straßen, U-Bahn-Tunnel und Abwasserleitungen, prägen Städte für Jahrhunderte.

Forschungsabteilung hat sich in ihrem letzten Leitprojekt zu neuen Energieräumen mit den „Installationslandschaften“ der Energiewende beschäftigt und untersucht aktuell Wertkonflikte rund um Windkraftanlagen im BMBF-Projekt ReGerecht.

Infrastrukturen für „kritisch“ zu erklären, ist nunmehr ein relativ neuer Weg, Aufmerksamkeit für sie zu generieren und Ressourcen für ihre technische Ausgestaltung zu mobilisieren. Politische und wirtschaftliche Akteure verfolgen mit solchen Mobilisierungen konkrete Interessen, die sie zum Handeln motivieren. Die Kategorie „kritisch“ ist zudem eng verwoben mit unzähligen rechtlichen Regelungen und technischen Standards, die Infrastrukturen bereits jetzt regulieren. Diese, aber auch die materielle Anlage der vorhandenen Infrastruktur (Leitungen liegen nun einmal dort, wo sie liegen) entscheiden maßgeblich mit darüber, welche Grenzen zwischen kritischen und weniger kritischen Systemen man ziehen, und wie man mit als „kritisch“ benannten Infrastrukturen verfahren kann. Ähnlich wie die Energiewende ist deshalb die Kritikalisation der Infrastruktur ein wichtiges und bisher kaum beleuchtetes Thema für die sozialwissenschaftliche Infrastrukturforschung. Wer treibt sie voran, warum, wie, unter welchen Bedingungen und mit welchen Auswirkungen?

Das neue Leitprojekt untersucht Infrastrukturkritikalität anhand zweier Untersuchungsfelder, für welche die Forschungsabteilung ausgewiesene Expertise besitzt: die Energiewende und städtische Klimaanpassung. Wie das vorangegangene Leitprojekt zeigte, ist die Energiewende in erster Linie ein Prozess der Dezentralisierung, Flexibilisierung und Öffnung von Energienetzen. In einem System, das zunehmend mit Schwankungen in der Energieerzeugung zurecht kommen muss, ist intelligente Steuerung unverzichtbar. Mag man beim Thema „kritische Energieinfrastrukturen“ noch unwillkürlich an das Szenario des Flugzeugs denken, das in ein Atomkraftwerk stürzt, so liegt die offenkundigere Verwundbarkeit des

Energiesystems in seiner hoch komplexen digitalen Vernetzung. Ein weiteres Einfallstor für Bedrohung entsteht durch den Trend zur Sektorkopplung, der durch die Energiewende vorangetrieben wird: Das Energienetz ist heute kein geschlossenes System mehr, es wird zunehmend mit anderen Funktionsbereichen, etwa Mobilität und Verkehr, verflochten. Strom-Wärme-Kopplung, Power to Gas, Elektroautos als Energiezwischenspeicher – all diese Lösungen vergrößern die Zahl der Schnittstellen, über welche – mutmaßlich – Bedrohungen in das Energiesystem gelangen können.

Ist das Bedrohungsbild kritischer Infrastrukturen der Energiewende noch unspezifisch, so geht es im Kontext von Klimaanpassungspolitik ganz klar um die Bedrohung von Infrastrukturen durch den Klimawandel. Die extreme Trockenheit und Hitze der Jahre 2018 und 2019 haben eindrucksvoll gezeigt, wie verwundbar Städte für seine Auswirkungen sind. Besonders auf stark versiegelten Flächen staut sich anhaltende Sommerhitze. Die so entstehenden Temperaturspitzen beeinträchtigen Gesundheit und Wohlbefinden der in Städten lebenden Menschen. Wassermangel legte 2018 in Teilen Deutschlands Binnenhäfen und -schifffahrt lahm. Vereinzelt kam es sogar zu Trinkwassermangel, der in Zukunft öfter auftreten dürfte. Doch auch das umgekehrte Extrem tritt seit einigen Jahren vermehrt auf: Die Wassermassen aus Starkniederschlägen sprengen die Kapazitäten städtischer Kanalisationssysteme – zuletzt im August 2019 in Nordostdeutschland. Schwere Stürme beschädigen



Foto: spuno/stock.adobe.com

Verkehrs-, Strom- und Kommunikationsnetze und bringen Notfalldienste an ihre Belastungsgrenzen. Hier entstehen neue politische Konzeptionen von Kritikalität. Immer mehr deutsche Kommunen rufen derzeit den Klimanotstand aus, der alle stadtpolitischen Entscheidungen unter einen Klimavorbehalt stellt.

Die Frage der Kritikalität in den beiden Untersuchungsfeldern wird aus einer räumlichen Perspektive beleuchtet. Die Forschungsabteilung hat in den vergangenen Jahren wesentliche Beiträge zum Verständnis von Raum und Räumlichkeit in der sozialwissenschaftlichen Energieforschung geleistet. Sie hat gezeigt, wie im Lauf der Energiewende Orte verändert und neu geschaffen werden, wie territoriale Skalenebenen neu ausgehandelt und miteinander in Beziehung gesetzt werden, und wie neue Netzwerke, also relationale Räume geschaffen werden.

Wie bei vielen anderen IRS-Projekten geht es also um Veränderungsprozesse im Raum, wobei der Raum zugleich als Bedingung, als Ressource und als Objekt des Handelns verstanden wird. Die Zeitdimension wurde bisher eher implizit mitgedacht. Im neuen Forschungsprogramm adressiert die Abteilung nun die Zeitdimension explizit – die Zeit wird zu einer analytischen Größe wie der Raum.

### Inkrementelle, disruptive und strategische Verläufe der Politikformulierung

Jeder Forschungsgegenstand bringt seine eigenen Zeitlichkeiten mit. Infrastrukturen sind üblicherweise auf Dauer angelegt. Manche Infrastrukturen, wie etwa Straßen, U-Bahn-Tunnel und Abwasserleitungen, prägen Städte für Jahrhunderte. Für die Klassifizierung als „kritisch“ ist wiederum eine Vorstellung von der Zukunft nötig. Jedes im politischen Raum wirkende Konzept von Kritikalität enthält Szenarien und Wahrscheinlichkeitsannahmen darüber, in welchem Zeitrahmen mit welcher Art von Gefährdung zu rechnen ist. Wie kommen diese „political imaginaries“ und die zeitlichen Eigenlogiken von Infrastrukturen zusammen? Um das zu ergründen, hat das Team der Forschungsabteilung eine Heuristik entwickelt, die zwei Arten von zeitlichen Verläufen unterscheidet: In einem „disruptiven“ Verlauf zwingt ein plötzlich auftretendes, drastisches Ereignis die Politik zum Handeln. In einem „inkrementellen“ Verlauf, zwingen schleichende Veränderungen die handelnden Akteuren nach und nach zur Anpassung. Beide Möglichkeiten sind plausibel. Die mediale Präsenz von Großschadensereignissen erzeugt Druck auf politisch Verantwortliche, „endlich etwas zu tun“, woraufhin plakative und radikale Antworten wahrscheinlicher werden. Andererseits müssen Infrastrukturen regelmäßig gewartet werden. Aber auch aus der (verpassten) alltäglichen Abwehr unzähliger kleiner Bedrohungen durch die Arbeitsebene kann im Zeitverlauf eine politische Konzeption von Kritikalität erwachsen.

Wie ist es aber zu verstehen, wenn regelmäßig große Schäden auftreten, etwa durch Extremwetterkatastrophen alle paar Jahre? Diese beiden Verlaufstypen schließen sich nicht gegenseitig aus. „Es geht nicht darum zu sagen, hier liegt das eine vor, und hier das andere“, sagt Ludger Gailing, kommissarischer Leiter der Forschungsabteilung. „Wir wollen herausfinden, wie die beiden Logiken wechselwirken, welche der beiden eventuell in der Begründung einer politischen Konzeption dominiert, und wie die beiden Untersuchungsfelder Energiewende und Klimaanpassung sich beim Thema Zeitlichkeit unterscheiden“. Die Heuristik wird über das Leitprojekt hinaus eingesetzt, denn sie ist als allgemeines Tool für die Analyse von Prozessen des Politikwandels angelegt.



Foto: Animafflora PicsStock/stock.adobe.com

Für das Untersuchungsfeld städtische Klimaanpassung liegen bereits erste Erkenntnisse vor, allerdings nicht aus dem Leitprojekt selbst, sondern aus dem von Kristine Kern geleiteten BMBF-Projekt „Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen“, kurz „ExTrass“. In diesem Projekt geht es zwar nicht um Kritikalität im engen Sinn, sondern allgemein um die Frage, wie Städte zu neuen Klimaanpassungspolitiken kommen. Doch das Projekt – das auch mit der besagten Zeit-Heuristik arbeitet – betrachtet unter anderem auch Probleme kritischer Infrastrukturen. Dabei zeigte sich zunächst, dass es auch eine „strategische“ Zeitlichkeit zu geben scheint: Manche Städte formulieren proaktiv Strategien für die Zukunft, bevor sie durch Katastrophen oder alltäglichen Verschleiß dazu gezwungen werden. Andere scheinen sich auch bei imminentem Handlungsdruck eher wenig zu bewegen. Inspiriert durch diese Befunde hat Kerns Team die ursprüngliche Dualität der Forschungsheuristik zu einer Trias der Zeitlichkeiten erweitert: disruptiv, inkrementell und strategisch.

Was gibt den Ausschlag dafür, welcher Weg eingeschlagen wird? Auch hier gibt es einen Hinweis: History matters. Dabei geht es nicht nur um die Geschichte von Extremwetterereignissen oder klimapolitischen Lokaldiskursen in einer Stadt. Entscheidend sind offenbar häufig andere historische Prägungen. So scheinen in der Vergangenheit eingeleitete Reformen der Energieversorgung eine Rolle zu spielen, auch wenn sie ganz anderen Motiven folgten – etwa Versorgungssicherheit. Wenn also eine Stadtgesellschaft in der Vergangenheit eine größere Infrastrukturereform gestemmt hat, wird sie sich dem Thema eher mit Entschiedenheit und Vorausschau widmen. Auch die im Städtemarketing manifestierten Selbst- und Fremdbilder scheinen von Bedeutung zu sein. Passt das einmal etablierte und gepflegte Image (etwa „Kulturstadt“) zum neuen Image der „Klimastadt“? Ein Sonderstatus wie das UNESCO-Weltkulturerbe scheint unter bestimmten Bedingungen wiederum einer auf Nachhaltigkeit gerichteten Politik förderlich zu sein. Auch eine starke lokale Wissenschaftslandschaft scheint die Offenheit und Zukunftsorientierung der Auseinandersetzung zu befördern.

Mit der Anwendung in ExTrass hat die neue Forschungsheuristik ihren ersten Praxistest absolviert. Ein weiterer folgt ab Oktober 2019, denn in diesem Monat startet das Forschungsprojekt „Matching Forerunner Cities“, kurz „MaFoCi“. Konzentriert ExTrass sich auf Klimaanpassungspolitik in kleineren deutschen Großstädten (Pioniere wie auch Spätanpasser), greift das MaFoCi-Projekt vier international führende Städte heraus: Turku in Finnland, Malmö in Schweden, Rostock in Deutschland und Groningen in den Niederlanden (► [siehe Seite 41](#)).

Auch hier wird die Frage thematisiert, auf welchen Wegen die Städte zu ihrer jeweiligen Klimapolitik kommen, aber auch darum, wie gute Praxis zwischen Städten transferiert werden kann. Die heuristische Gliederung aus disruptiver, inkrementeller und strategischer Zeitlichkeit kommt somit in bislang drei Projekten zur Anwendung und ist auf dem Weg, für die Forschungsabteilung „Institutionenwandel und Regionale Gemeinschaftsgüter“ zu einem querschnittlichen Forschungstool für die Analyse von infrastrukturpolitischen Wandlungsprozessen zu werden. ■

## KONTAKT



► **Dr. Ludger Gailing** | Tel. 03362 793 252 | [ludger.gailing@leibniz-irs.de](mailto:ludger.gailing@leibniz-irs.de)

Ludger Gailing ist kommissarischer Abteilungsleiter der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“. Seine Forschungen beschäftigen sich mit den Geographien der Energiewende, mit der Analyse von Sozio-Materialitäten und Governance-Formen in Bezug auf Gemeinschaftsgüter und Infrastrukturen sowie mit dem institutionellen Wandel regionaler Steuerung.



► **Prof. Dr. Kristine Kern** | Tel. 03362 793 205 | [kristine.kern@leibniz-irs.de](mailto:kristine.kern@leibniz-irs.de)

Kristine Kern ist Senior-Wissenschaftlerin in der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regional Gemeinschaftsgüter“ des IRS und Gastprofessorin an der Åbo Akademi University in Turku, Finnland. Ihre Forschungsinteressen konzentrieren sich auf lokale und regionale Klima- und Energiepolitik, die nachhaltige Entwicklung von Städten und Regionen, transnationale Städtenetzwerke, europäische Regionalmeere und die makroregionalen Strategien der EU.



# Dynamiken der Zuwanderungs- diskussion: Stadtpolitik im Dilemma

Wie gehen Politik und Verwaltung einer Stadt mit Zuwanderungsprozessen um, die sich – aus ihrer Sicht – weder effektiv steuern noch zuverlässig prognostizieren lassen? Die Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ untersucht in ihrem aktuellen Leitprojekt die planungspolitischen Konflikte in Cottbus in Folge der ungeplanten Zuwanderung zahlreicher syrischer Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016. Dabei kombiniert sie räumliche und zeitliche Perspektiven auf Urban Governance. Diese können helfen, Friktionen zwischen den Denk- und Handlungsweisen verschiedener Akteure der Stadtgesellschaft besser zu verstehen.

Foto: IRS/Transferstelle Stadtbau Ost

Das 2018 abgeschlossene Leitprojekt der Forschungsabteilung hat verdeutlicht, dass Städte im Umgang mit Migration vor verschiedenen Dilemmata stehen: Städte wollen zunehmend lokal agieren, sind aber im hohen Maß von nationalen Migrationsregimen abhängig; Städte brauchen zwar Zuwanderung um wieder zu wachsen und den Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu decken, gleichzeitig hemmen rechts-populistische Kräfte die internationale Zuwanderung; schließlich besteht das Dilemma, das migrationsgeprägte „Ankunftsquartiere“ einerseits als Chance für mehr Vielfalt, andererseits als von Armut gekennzeichnete soziale „Problemgebiete“ wahrgenommen werden.

Die  
Lausitzmetropole  
steht geradezu  
prototypisch für  
die innere  
Zerrissenheit  
städtischer  
Politik in  
Migrationsfragen.



Foto: Nils Brandt/flickr.com

Das aktuelle Leitprojekt „Zuwanderung: Governance-Dilemmata von Städten“ setzt nun an diesen Dilemmata an. Das Projektteam unter Leitung von Manfred Kühn will herausfinden, welche Handlungsspielräume Städte zur Steuerung von Zuwanderung – mit einem besonderen Fokus auf der Fluchtmigration der vergangenen Jahre – haben, welche stadtpolitischen und -gesellschaftlichen Koalitionen sich für oder gegen Zuwanderung bilden, und welche speziellen Herausforderungen in den sogenannten Ankunftsquartieren zu bewältigen sind: Stadtteile,

in welchen aufgrund niedriger Mieten und/oder der Zuweisungspraxis der Behörden viele Neuangekommene konzentriert wohnen. Wie der Projekttitel ausdrückt, geht das Projekt von der Prämisse aus, dass es für die Stadtpolitik keine eindeutigen Antworten auf die Migrationsfrage gibt. Doch wo genau verlaufen die Bruchlinien, und wie kann man sie charakterisieren, wenn man die sehr aufgeladene Stimmung rund um das Thema zwar einbeziehen, sich aber nicht von ihr leiten lassen will?

## Cottbus im Fokus

Antworten soll das Projektteam durch eine explorative Studie – also ein sehr ergebnisoffenes, qualitatives Herangehen – in Cottbus zutage fördern. Die Lausitzmetropole steht geradezu prototypisch für die innere Zerrissenheit städtischer Politik in Migrationsfragen: Als Universitätsstadt und wichtiges Wirtschafts- und Verwaltungszentrum in einer Region, die mit einer fort dauernden Transformation ringt, die von Abwanderung und Arbeitskräftemangel betroffen ist, versucht Cottbus, sich offen und attraktiv für Zuwanderung zu zeigen. Zugleich hat Cottbus eine starke rechte Szene, die AfD feierte in der Lausitz (einschließlich der beiden Cottbusser Wahlkreise) große Erfolge in der vergangenen Landtagswahl, und stadtgese ltschaftliche Initiativen, die Zuwanderung ablehnen, haben großen Einfluss. Entsprechend widersprüchlich stellte sich die Cottbusser Reaktion auf die Fluchtwelle von 2015 dar: Nahm die Stadt zunächst mehr Geflüchtete auf, als sie nach dem Königsteiner Schlüssel gemusst hätte, forcierte sie später, unter dem Druck einer rechtspopulistischen Kampagne, einen Zuzugsstopp beim Land Brandenburg. Wie lässt sich diese Widersprüchlichkeit erklären?

Die Forschung sieht die Formulierung stadtpolitischer Ansätze heute nicht mehr als alleiniges Produkt des Wirkens formal zuständiger politischer Institutionen an. Vielmehr ist sie das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen verschiedenen stadtgese ltschaftlichen Akteuren

und Institutionen – man spricht von Governance. An der Schnittstelle von Governance-Forschung und neueren raumwissenschaftlichen Ansätzen sind wichtige neue Perspektiven entstanden, die helfen zu verstehen, wie Städte mit Herausforderungen umgehen können, die sowohl ihre Grenzen, als auch ihre formalen Zuständigkeiten sprengen. Neu hinzu kommt die Zeitperspektive, so dass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Forschungsabteilung mit einem begrifflichen Dreieck aus Governance, Raum und Zeit auf ihren Untersuchungsgegenstand und die Untersuchungsstadt Cottbus schauen.

### Verschiedene Blicke auf den Ort

Sie haben es augenscheinlich mit einem grundlegenden Spannungsverhältnis zu tun: dem zwischen lokalen Planungspolitiken einerseits,

Beschleunigung  
und  
Desynchronisierung  
fordern die auf  
Langfristigkeit  
ausgelegte  
Planungspolitik  
heraus.



Foto: Cottbus Zentrum – Sunibla (Own work)/CC BY-SA 3.0/commons.wikimedia.org

und dynamischen internationalen Wanderungsprozessen andererseits. In diesem Gegensatzpaar wirkt die lokale Handlungsfähigkeit zunächst eher schwach. Doch im wissenschaftlichen Denken über Raum und Governance ist in letzter Zeit vor allem die klare Grenzziehung zwischen der lokalen, der nationalen und der globalen Ebene

verschwommen. Die Globalisierung hat – entgegen einer landläufigen Vorstellung – zu einer Aufwertung konkreter Orte geführt, speziell der Orte, an welchen globale Ströme von Waren, Kapital und auch menschlicher Mobilität organisiert werden. Dies sind meist städtische Zentren. Auch räumlich weitreichende gesellschaftliche Veränderungs- und Gestaltungsprozesse sind eingebettet in einzigartige lokale Bedingungen und Kontexte. Gleichzeitig berühren sie verschiedene räumlich-administrative Ebenen und stellen Zusammenhänge zwischen ihnen her. Ein Denken in klar getrennten Zuständigkeiten, etwa von Bund, Land und Kommune, wird so zunehmend in Frage gestellt.

Städte haben die Möglichkeit, sich Themen, die rein formal einer anderen Zuständigkeitsebene obliegen (wie Migrationspolitik, die von der Bundesebene verantwortet wird) oder ihre Grenzen sprengen (wie wirtschaftliche Transformation und Abwanderung) in gewisser Weise anzueignen. Cottbus reagierte auf die massive Abwanderung der 1990er Jahre mit Eingemeindungen – eine territoriale Antwort auf ein ortsübergreifendes Problem. Sowohl die Aufnahme von mehr Geflüchteten als gesetzlich erforderlich, als auch die Forcierung eines Aufnahmestopps sind weitere Beispiele für eine solche lokale Themenaneignung.

Welche Rolle konkrete Orte in translokalen Prozessen übernehmen, ist dabei nicht festgelegt. Dies hängt auch davon ab, welche Vorstellungen von diesen Orten durch gesellschaftliche Akteure mobilisiert und verbreitet werden. Diese „spatial imaginaries“ sind ein wichtiger Untersuchungsgegenstand für die Forschung. Sieht man einen Ort eher als geschlossenen Container an, oder als ein offenes, sich veränderndes Beziehungsgefüge? Betont man eher die Innen- oder eher die Außenbeziehungen? Geht man von einer einzigen lokalen Identität oder von vielen aus? Sieht man sich selbst eher als lokal verwurzelt oder eher als mobil an? Diese Fragen sind offensichtlich politisch. Sie lenken den Blick auf gegensätzliche Vorstellungen vom Ort, die von gegnerischen

Akteuren der Stadtgesellschaft mobilisiert werden – in Cottbus beispielhaft verkörpert durch die Initiativen „Zukunft Heimat“ und „Cottbuser Aufbruch“. Während erstere für den Kern einer Abwehrkoalition gegen „Masseneinwanderung“ steht, getragen von Teilen der sesshaften Bürgerschaft steht letztere für eine zugewanderungsfreundliche Wachstumskoalition, die etwa Cottbuser Wirtschaftsverbände, das Carl-Thiem-Klinikum, Kirchen, das Staatstheater und die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg umfasst.

Scheint diese Gegensatzpaarung noch eine Trennung in eine vermeintlich lokale und eine vermeintlich globale Orientierung zu bestätigen, so lenkt die Idee eines Global Sense of Place, die von der 2016 verstorbenen britischen Geographin Doreen Massey formuliert wurde, den Blick auf den Umstand, dass auch ortsübergreifende Beziehungen lokal verankert sind. Nur umfassen sie mehr als einen Ort, bilden also ein multi-lokales Netzwerk. Menschen mit Migrationserfahrung etwa fühlen sich mehreren Orten persönlich verbunden. Massey warb dafür, auch bei der Analyse von weltweiten Verflechtungen immer den Blick auf die miteinander verbundenen Orte sowie die vielfältigen Ortsbindungen der untersuchten sozialen Akteure zu richten. So offenbart sich eine Stadtgesellschaft als Mosaik unterschiedlicher Ortsbezüge, nicht jedoch als Gegenpol zum „Globalen“ an sich.

### Konkurrierende zeitliche Orientierungen

Der Umstand, dass die Mitglieder einer Stadtgesellschaft unterschiedliche Verhältnisse zu ihrem Quartier, zur Gesamtstadt und zu anderen Orten haben, schlägt die Brücke zur Zeitdimension. Denn mit den räumlichen unterscheiden sich auch die zeitlichen Orientierungen: Unterschiedliche soziale Milieus leben mit unterschiedlichen Tagesabläufen und Jahresrhythmen. Migrationsgeprägte Communities integrieren mitunter das Leben in anderen Zeitzonen in ihren Alltag. Mit der Kombination aus räumlichen und zeitlichen Bezügen steht eine Analyseperspektive zur Verfügung, die die Frage kultureller Unterschiede von allzu stereotypisierenden Zuschreibungen befreit und hilft, sowohl Probleme als auch Potenziale im Zusammenleben von Alteingesessenen und Neuankömmlingen zu erkennen.

Besonders in migrationsgeprägten Quartieren spielen solche Friktionen eine Rolle, man denke nur an unterschiedliche Vorstellungen von Arbeits- und Ruhezeiten oder biographischen Lebensphasen und damit einher gehenden Raumnutzungen. Innerhalb der Cottbuser Fallstudie untersucht das Projektteam vertiefend die Großwohnsiedlung Sandow im Osten der Stadt. Sie wurde nach 2015 zum Ankunftsquartier für Geflüchtete, weil hier noch günstiger Wohnraum zur Verfügung stand. Im vorangegangenen Leitprojekt hatte sich herausgestellt, dass solche Ankunftsquartiere sehr wohl erfolgreich darin sind, Neuankömmlingen ein Tor zur Integration in die Stadtgesellschaft zu öffnen. Zugleich bleiben sie jedoch meist, trotz zahlreicher sozialpolitischer Maßnahmen, in sich sozial gespalten. Das Projektteam will nun die Diskrepanzen zwischen verschiedenen Raum-Zeit-Gefügen analysieren, die in einem jungen Ankunftsquartier wie Sandow aufeinandertreffen, und daraus ein klareres Bild von Integrationsproblemen, aber auch -potenzialen ableiten. Nach Doreen Maseys Auffassung jedenfalls, gehört das Nebeneinander verschiedener Raum-Zeit-Alltagswelten zur Realität moderner Gesellschaften, und keine zeitliche Orientierung (etwa die an normierten Nine-to-Five-Arbeitstagen) sollte dabei als Norm-Zeitstruktur über eine andere gestellt werden.

Unterschiede in der zeitlichen Orientierung gibt es allerdings nicht nur zwischen unterschiedlichen Bewohnergruppen einer Stadt oder eines Stadtquartiers. Sie bestehen auch zwischen individuellen und institutionellen Zeithorizonten (also jenen, mit denen etwa Behörden arbeiten), sowie zwischen verschiedenen institutionellen Zeithorizonten. Mit Blick auf Ankunftsquartiere bedeutet das etwa: Lokale Planungs- und Sozialämter benötigen eine verlässliche Einwohnerprognose, doch die Asyl-Anerkennungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge nimmt darauf keine Rücksicht. Sie hat ihre eigene Zeitlichkeit. Auch die widerstreitenden Koalitionsbildungen stadtpolitischer Akteure können mit Blick auf ihre gegensätzlichen Orientierungen in Raum und Zeit ausgeleuchtet werden, um zu verstehen, warum die Stadtpolitik widersprüchliche Ergebnisse zum Thema Zuwanderung produziert.

Ein zentraler Wirkmechanismus ist dabei die Desynchronisation: Unterschiedliche Teile der Stadtgesellschaft sind in ihren zeitlichen Orientierungen aufeinander ausgerichtet. Wenn diese gegenseitige Ausrichtung aus dem Tritt gerät, geht auch die Fähigkeit verloren, sinnvoll zusammen zu wirken. Der Soziologe Hartmut Rosa erklärt solche Desynchronisationen in seinem Buch „Beschleunigung: Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne“ zur sozialen Frage: „Beschleunigung in einem sozialen Teilbereich bleibt nur dann sozialverträglich, wenn sich entsprechende Temposteigerungen an den strukturellen und kulturellen Schnittstellen ohne Reibungsverluste ‚übersetzen lassen‘“. Mit einer Beschleunigung verschiedener Entwicklungen, so die These des Leitprojekts, wird die auf Langfristigkeit und Prognostizierbarkeit ausgelegte städtische Planungspolitik herausgefordert. Ihre Fähigkeit, gesellschaftlich integrierend zu wirken – eigentlich eine Stärke des formalisierten deutschen Planungssystems – geht verloren.

„Wir gehen allerdings nicht von einer einseitigen Beschleunigung, etwa durch zeitweise beschleunigte Zuwanderung aus“, sagt Projektleiter Manfred Kühn. „Vielmehr beobachten wir zahlreiche Desynchronisationen. Die für Planungsprozesse so wichtige Berechenbarkeit einer langfristigen sachlichen Auseinandersetzung leidet beispielsweise massiv unter der stark aufgeheizten Stimmung in der Zuwanderungsdiskussion, gerade in Folge spontaner populistischer Kampagnen“.

---

## KONTAKT



► **Dr. Manfred Kühn** | Tel. 03362 793 238 | [manfred.kuehn@leibniz-irs.de](mailto:manfred.kuehn@leibniz-irs.de)

Manfred Kühn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Abteilungsleiter der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“. Seine Forschungsschwerpunkte sind städtische Regenerierungsstrategien, Peripherisierung sowie die Rolle von Klein- und Mittelstädten in der Raumentwicklung. Er leitet das Leitprojekt „Governance-Dilemmata von Städten“ und das DFG-Projekt „Zuwanderungsstrategien – Planungspolitiken der Regenerierung von Städten“.



► **Dr. Laura Calbet i Elias** | Tel. 03362 793 247 | [laura.calbet@leibniz-irs.de](mailto:laura.calbet@leibniz-irs.de)

Laura Calbet i Elias ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ und Gastprofessorin für Planungstheorie an der BTU Cottbus-Senftenberg. Schwerpunkt ihrer Forschung ist der planungs- und stadtpolitische Umgang mit gesellschaftlichen Prozessen wie Migration und Polarisierung der Wohnraumversorgung. Darüber hinaus untersucht sie den Begriff „Gemeinwohl“ in der Planungstheorie und -praxis.



Ein Gespräch mit Historiker Harald Engler

## „Planer arbeiten ja nicht im luftleeren Raum“

Was die Gestaltung von städtischen Orten im Zeitverlauf über gesellschaftlichen Wandel aussagt.

Die Historische Forschungsstelle des IRS erforscht die Stadt- und Planungsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Die Geschichte von Planungssystemen und Planungsideen in beiden deutschen Staaten nach 1945 nimmt in dieser Forschung einen zentralen Platz ein. Doch wie kommt man den großen Umbrüchen im planerischen Denken auf die Spur? Der IRS-Historiker Harald Engler sagt: Die Spurensuche kann an wenigen, kleinen Orten ansetzen, etwa einzelnen Straßen und Plätzen. Mit einem solchen Zugang, der „komplexen Ortsbiographie“, arbeitet aktuell die Historische Forschungsstelle.

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1982-1119-002/CC-BY-SA 3.0



### Herr Engler, was ist eine komplexe Ortsbiographie?

Die Komplexe Ortsbiographie ist ein Forschungsansatz, den wir in der Historischen Forschungsstelle über mehrere Projekte und Programmperioden hinweg entwickelt haben, und der jetzt gewissermaßen zu unserem Markenzeichen werden soll. Wir wenden ihn in unserem neuen Leitprojekt zu sozialen Disparitäten im Ost-West-Vergleich an, aber auch darüber hinaus in anderen Forschungsprojekten unserer Abteilung. Es ist ein geschichtswissenschaftlicher Ansatz. Da wir aber in einem sozialwissenschaftlichen Institut arbeiten, soll er auch den Austausch mit den anderen Forschungsabteilungen des IRS befördern – gerade weil jetzt das Thema Raumzeitlichkeit für die Institutsforschung immer zentraler wird.

### Was macht diesen Ansatz aus und wozu ist er gut?

Bei uns geht es immer um Stadt-, Bau- und Planungsgeschichte. Mit der Komplexen Ortsbiographie können wir am Beispiel eines Ortes Veränderungen im Planungsverständnis – und hier reden wir über tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen – nachzeichnen. Man nimmt also einen Ort und rekonstruiert seine Transformation im Lauf der Geschichte. Da gibt es die materielle Ebene, die Realisierung konkreter Planungen, etwa den Bau einer Straße. Ausgehend davon interessiert uns dann die ortsübergreifende, gesellschaftliche Dimension, die hinter einzelnen Planungen steht. Am Beispiel der Straße etwa das Paradigma der autogerechten Stadt. Planer arbeiten ja nicht im luftleeren Raum. Planung ist eingebettet in Kontexte, in Diskurse. Planungswissen zirkuliert, zumeist sogar international, und verändert sich entsprechend. Welche gesellschaftlichen Entwicklungen lassen sich also an der praktischen Umsetzung von Planungswissen ablesen? Aktuell könnten das beispielsweise veränderte Mobilitätsvorstellungen in der Gesellschaft sein wie der Wunsch nach einer stärkeren Berücksichtigung des Radverkehrs. Die dritte Dimension, die uns interessiert, ist die der Aneignung. Wie geht die Bevölkerung mit einem Ort um? Die Bürger

allgemein oder auch einzelne Gruppen wie Kinder und Jugendliche nutzen Orte, oft anders als von Architekten und Planern vorgedacht. Ein Ort wird benutzt, abgelehnt, neu belegt. Aus solchen Aneignungsprozessen kann man natürlich Lokalgeschichte herauslesen, aber im günstigen Fall auch allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen.

### Was ist denn in diesem Zusammenhang ein Ort?

Ein besonders ikonischer Stadtplatz? Ein Wohnviertel?

Eine ganze Stadt?

Entscheidend ist die stadträumliche Kleinteiligkeit, die Fassbarkeit. Eine ganze Stadt oder ein Stadtbezirk wären zu groß, zu disparat. Ein Stadtplatz ist hingegen ein gutes Beispiel für einen Ort. Es muss kein besonderer Platz sein, man kann eine Ortsbiographie für einen beliebigen Kiez anfertigen. Wir haben allerdings bisher überwiegend herausgehobene, ikonische Plätze wie den Breitscheidplatz und den Alexanderplatz in Berlin beforscht. Die Auswahl hängt wesentlich von der Fragestellung ab. Beim Thema autogerechte Stadt haben wir Plätze ausgewählt, die besonders von Verkehrsinfrastrukturen beeinflusst waren, etwa die Grunerstraße neben dem Roten Rathaus in Ost-Berlin. Da hat die DDR-Regierung eine breite Straßenschneise mit Tunnel anlegen lassen und dafür Gebäude abgerissen – ein Signum der autogerechten Stadt. In West-Berlin war der Bau der Stadtautobahn sehr wichtig. Am Sachsendamm gab es in den frühen 1970er Jahren eine erfolgreiche Bürgerinitiative gegen den Autobahnbau, zumindest da wurde er dann abrupt abgebrochen. Das ist ein ikonischer Ort für die Kritik am und den Bruch mit dem Leitbild der autogerechten Stadt. Wir suchen also nach Orten mit Aussagekraft für die jeweilige Fragestellung.

### Auf welchen Vorarbeiten bauen die Komplexen Ortsbiographien auf?

Die Historische Kommission zu Berlin hat in den 1980er und 1990er Jahren in einer Buchreihe Berliner „Geschichtslandschaften“ skizziert. Da wurden einzelne Orte im Lauf der Geschichte beschrieben



Foto: IRS

„Planung ist eingebettet in Kontexte und Diskurse. Planungswissen zirkuliert, zumeist sogar international, und verändert sich entsprechend.“

und in einen Kontext gesetzt, beispielsweise eine bestimmte Desinfektionsanstalt in Kreuzberg. Es ging um die Geschichte des Gebiets, die Entwicklung der Nutzung und ihre gesellschaftliche Bedeutung. Der Historiker Tilman Harlander hat auch bereits mit dem Begriff der Ortsbiographie gearbeitet. Beide Ansätze haben uns inspiriert und als Grundlage gedient. Aber nicht als Modell für unsere Ortsbiographien, denn wir streben viel weitergehende Verknüpfungen an, als sie in diesen Ansätzen hergestellt wurden. Wir haben den Anspruch, das Lokale mit dem Gesellschaftlichen, dem Überlokalen und Transnationalen zu verbinden. Diesen Anspruch hatten die genannten Ansätze nicht. Es gibt noch weitere Ansätze, mit denen wir uns beschäftigen, etwa das Konzept der „Geschichtlichkeitsregime“ von François Hartog. Dabei geht es um die Frage, wie Geschichte als Ressource verwendet und aktiviert wird. Auch die Erfurter Raumzeitforschung ist interessant, weil sie sich mit Phasen, Taktungen und Rhythmen soziokultureller Entwicklung beschäftigt.

Nun lautet der Titel des aktuellen Leitprojekts „Sozialräumliche Disparitäten und Ausgleichspolitiken in Städten der DDR und der BRD“. Es geht also um soziale Ungleichheit im Ost-West-Vergleich. Da denkt man zunächst an Größen wie Einkommens- und Vermögensverteilung. Kann man Disparitäten auch anhand gebauter Strukturen untersuchen? Passt das zusammen?

Das passt sehr gut zusammen! Das Materielle ist immer Ausdruck des Sozialen. Man baut ja nicht einfach so. Bauten haben soziale Funktionen, werden sozial genutzt und haben soziale Auswirkungen. Wir beschäftigen uns immer mit Planung und Architektur, das ist unser Alleinstellungsmerkmal. Wir wollen nun diese Perspektive mit der Frage nach sozialen Disparitäten verbinden. Dabei hilft uns der Umstand, dass Sozialpolitik auf Stadt- und Quartiersebene auch bauliche Maßnahmen umfasst. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR

gab es eine Hinwendung zu baulichen und kulturpolitischen Ansätzen, um sozialen Zusammenhalt zu fördern.

Bei der Auswahl von Untersuchungsorten schauen wir auf die soziale Zusammensetzung von Gebieten, hier ist es wichtig, Disparitäten anhand statistischer Merkmale zu erfassen. Dann geht es aber um die Frage, wie materiell, baulich eingegriffen wird, etwa durch den Bau von Kultur- und Jugendzentren, und wie solche Maßnahmen wirken. Stiften sie Veränderung? Schaffen Sie Integration? Dazu gibt es nur wenige Studien, hier können wir also einen innovativen Beitrag leisten. Und wir können, wie schon gesagt, etwas über die gesellschaftlichen Hintergründe lernen. Was sagt es über einen Staat oder eine Stadt, wenn sie stark dezentral Kultur fördern oder es eben nicht tun? Kann man über Kultur Identität herstellen oder geht das nicht? Ortsbiographien können uns helfen, diese Fragen zu beantworten.

Welche Rolle spielen dabei mediale Zuschreibungen, etwa die des „Problemquartiers“?

Das ist ein wichtiger Aspekt, den wir systematisch in unsere Analyse integrieren – einerseits die medialen Darstellungen und Zuschreibungen, etwa in Zeitungen, und andererseits die Bewertung dieser Zuschreibungen im öffentlichen Diskurs. Diese Bewertungen haben Auswirkungen. Großsiedlungen wurden beispielsweise lange medial abgewertet und „heruntergeschrieben“. Dabei korrespondiert dieses Negativimage oft überhaupt nicht mit der Selbstwahrnehmung und Zufriedenheit der Menschen, die in Großwohnsiedlungen leben. Und umgekehrt.

Was erhoffen Sie sich vom Systemvergleich zwischen Ost und West, Kapitalismus und Sozialismus?

„Das Materielle ist immer Ausdruck des Sozialen. Man baut ja nicht einfach so. Bauten haben soziale Funktionen, werden sozial genutzt und haben soziale Auswirkungen.“

Die Studie ist vergleichend angelegt, aber wir wollen das Denken in totalen Systemgegensätzen überwinden. Wir wollen zwischen der DDR und der BRD sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten und Überschneidungen finden. Beide waren Gesellschaften der Moderne, es gibt viele Parallelen. Oft gingen Entwicklungen im Westen schneller, aber nicht immer. Es kann auch sein, dass es in der DDR Spielräume gab, die in der Bundesrepublik so nicht vorhanden waren. Das ist spannend. Wir wollen die DDR nicht so schwarzweiß darstellen, als hätte es nur oben den Staat gegeben, der alles bestimmte, und unten die Befehlsempfänger. Wo es Spielräume gab, interessiert uns: Wie kamen sie zustande? Wie konnten Akteure etwas durchsetzen, wo waren die Grenzen? Welche Rolle spielte die Bevölkerung? In den 1980er Jahren gab es beispielsweise unter Planern in der DDR starke Reformdiskurse. Wir sehen ein anderes Bild, als es von der DDR typischerweise gezeichnet wird. Wichtig ist für uns auch, dass wir zeitlich über das Ende der DDR hinausgehen. Die Geschichte hört 1990 nicht auf, und viele Prozesse, die in den 1980er Jahren angestoßen wurden, wirken bis heute nach.

**Haben Sie schon konkrete Untersuchungsorte?**

Wir sind noch in der Prüfphase. Es geht darum, Ost-West-Paarungen zu finden, die Vergleichbarkeit schaffen. Beispielsweise würde sich ein Vergleich zwischen Chemnitz als ostdeutscher Industriestadt und einer Ruhrgebietsstadt anbieten. Frankfurt am Main und Leipzig als Messestädte wären auch ein gutes Vergleichspaar. Ebenso Rostock und Bremen: Beide sind Hafenstädte, Hansestädte, Werftstädte, beide haben einen Niedergang ihrer Werftindustrien erlebt. In jeder untersuchten Stadt wollen wir für zwei bis drei Gebiete Ortsbiographien erheben, so dass wir auf vier bis sechs Fallstudien kommen. Dabei ist es wichtig, Gebiete zu finden, in denen soziale Disparitäten gut darstellbar sind, und zwar nach unten und nach oben. Es geht also auch um die Wohnquartiere der höheren Einkommensschichten. Man könnte beispielsweise Altstadtgebiete und Großwohnsiedlungen kontrastieren. Altstadt hieß in der DDR eher Bohème und Zerfall, später wurden Altstadtquartiere aufgewertet und gentrifiziert. Großwohnsiedlungen standen erst für eine Utopie des modernen Wohnens, dann wurden sie – auch in der medialen Zuschreibung – abgewertet, dann wieder ertüchtigt. Wichtig ist uns auch, dass wir keine reinen Desastergeschichten erzählen, oder dass wir ein Desastermodell West und ein Erfolgsmodell Ost kontrastieren, oder umgekehrt. Letzteres wäre die klassische Erzählung über den Osten.

**Als Historische Forschungsstelle ist Zeit sozusagen ihr primäres Zuständigkeitsgebiet. Wie ist bei der Frage der Raumzeitlichkeit Ihr Verhältnis zu den anderen Forschungsabteilungen des IRS? Wo gibt es Gemeinsamkeiten, Unterschiede, gegenseitige Stimulierung?**

Es gibt schon ein grundsätzlich anderes Herangehen an Zeit, das fachlich motiviert ist. Ich habe den Eindruck, dass die anderen Abteilungen sich für Zeit eher im Sinn einer Vorgeschichte für aktuelle Beobachtungen interessieren und zu diesem Zweck dann zehn oder 15 Jahre zurückschauen. Wir schauen auf längere Zeiträume. Wir interessieren uns schwerpunktmäßig für die geschichtliche Entwicklung, ohne zu sagen, dass uns die Gegenwart nicht interessiert. Allerdings gehen wir sehr weit in die jüngste Vergangenheit, bis in die 1990er und 2000er Jahre und punktuell dann bis zur unmittelbaren Gegenwart. Die 1990er sind jetzt fast 30 Jahre her, sie werden zunehmend historisiert. Grundsätzlich gibt es auch einen Wandel bei der Frage, was als wertvoll erachtet wird, um historisch untersucht zu werden. Früher war das viel strenger, Zeitgeschichte

war nichts für „echte“ Historiker. Das heißt, auch wenn es beim Blick auf die Zeit grundsätzliche Unterschiede gibt, gibt es auch Annäherungen bei den Zeiträumen, die wir betrachten.

Speziell beim Ansatz der Komplexen Ortsbiographie gibt es großes Interesse an einem Austausch mit den anderen Abteilungen. Dort werden ja teils auch in gewisser Weise Ortsbiographien erhoben, auch wenn sie anders heißen, etwa „Innovationsbiographien“, und das Erkenntnisinteresse etwas anders ist. Aber wenn wir beispielsweise an die innovativen Landgemeinden und „Smart Villagers“ denken, da geht es auch um Biographien von Orten.

### Gibt es denn eine genuin geschichtswissenschaftliche Theorie von Raum-Zeitlichkeit?

Epochenbeschreibungen sind ein klassischer Zugang zu Zeitlichkeit. Und das Raum-Zeit-Verhältnis ist eine Grundkategorie der Geschichtswissenschaft, darum geht es eigentlich immer. Interessant sind für uns besonders Parallelentwicklungen in verschiedenen Räumen, die aber zeitlich phasenverschoben ablaufen. Denken wir an die Einführung bestimmter Technologien, etwa die Ausbreitung des massenhaften Autoverkehrs. Der kam in der DDR später, aber er kam. Wenn ich die BRD und die DDR in den 1980er Jahren vergleiche, ist die BRD in Bezug auf Automobilisierung bereits in einer Phase, die die DDR erst fünf oder zehn Jahre später erreicht. Bei so einer Parallelbetrachtung ist es spannend zu beobachten, was für „Fehlentwicklungen“ im Westen im Osten gesehen oder nicht gesehen wurden. Bezogen auf die heutige Situation ist die Entstehung von migrationsgeprägten Städten und Quartieren ein interessantes Beispiel. „Westdeutsche Zustände“ gelten in Teilen Ostdeutschlands als abschreckend, obwohl – wenn auch in anderen Dimensionen – ganz klar auch hier solche Orte zunehmend entstehen.



Foto: Oh-Berlin.com/flickr.com

### Was ist mit dem Geschichtlichkeitsregime, das Sie erwähnt haben?

Ein ganz wichtiger Aspekt ist die Frage, wie Gesellschaften sich auf die Zukunft oder die Vergangenheit beziehen, um Handeln in der Gegenwart zu legitimieren, wobei die Frage ist, was genau man legitimieren will. Die 1960er Jahre waren in der DDR ein Zeitalter des Optimismus. „Wir bauen die neue Gesellschaft auf“, hieß es. Es gab utopische Konzepte von Räumlichkeit, etwa Wohnkomplexe, wo der Arbeiter, wenn er nach Hause kommt, nicht mehr waschen oder kochen muss, weil alles da ist, beispielsweise öffentliche Kantinen und Wäschereien. Er kann, so die utopische Vorstellung, im privaten Raum der Bildung nachgehen oder sich musisch betätigen. Zehn Jahre später ist davon nichts mehr da, aus Geldmangel. Und auch in der Architektur wird die Utopie nicht mehr aufgerufen. In den 1960ern gab es Pläne, selbst für eher beschauliche Städte wie Prenzlau sehr große Punkthochhäuser zu errichten, als Symbole des sozialistischen Aufstiegs und Sieges. Das ging dann verloren, die Häuser sind nie gebaut worden.



Foto: Peeradontax/stock.adobe.com

In der Bundesrepublik wäre ein gutes Beispiel der Umgang mit Rekonstruktion, etwa der des Knochenhaueramts-hauses in Hildesheim. Nachdem direkt nach dem Krieg erst sachlich und zurückhaltend gebaut wurde, begann man auf einmal, die Nachkriegsarchitektur wieder abzureißen und die schöne alte Fachwerkarchitektur wieder aufzubauen. Frankfurt am Main ist auch ein Beispiel für so eine Rückprojektion. Im wiedervereinigten Deutschland dann Berlin mit dem Stadtschloss und vor allem Dresden. Ich denke, Dresden verfolgt als Ideal das Stadtbild des 18. Jahrhunderts – das barocke Dresden, der berühmte Canaletto-Blick vom rechten Elbufer aus. Daraufhin versucht man die Stadt heute wieder auszurichten, und entfernt entsprechend DDR-Architektur aus dem Innenstadtbereich oder transformiert sie, weil sie vermeintlich nicht mehr hineinpasst. Da stellt sich die Frage: Wer legt so etwas fest? Warum? Warum der Bezug auf genau diese Epoche? Was sagt es uns diese Retro-Orientierung über die entsprechende Gesellschaft?

### Was denken Sie?

Ich finde das als gesellschaftliches Zukunfts-Modell, das der Umgang mit Teilen einer scheinbar unliebsamen Vergangenheit ja immer auch ist, eher schwierig. Aber es gibt allem Anschein nach einen Bedarf – nach Sicherheit und Rückversicherung angesichts von Verunsicherung. Man sieht das an Frankfurt am Main. Die historisch rekonstruierte Innenstadt kommt bei der Bevölkerung sehr gut an. Es ist sehr nett, es ist urban. Das hat auch mit der Materialität der Architektur zu tun – was empfindet man als warm und harmonisch, im Unterschied zur modernen Architektur? Städte und Stadtplanung arbeiten mit historischen Idealbildern bei ihrem Image, ihrem Branding. Es geht nicht zuletzt um touristische Erfolge, wie Frankfurt am Main und Dresden zeigen.

Aber nur mal zum Vergleich: Zu Mozarts Zeit hat man nur aktuelle Musik gehört. Mozart hat etwas Neues komponiert, und das hat man sich angehört. Heute gilt man als kultiviert, wenn man „klassische“, also ältere Musik hört ■

---

## KONTAKT



► **Dr. Harald Engler** | Tel. 03362 793 224 | [harald.engler@leibniz-irs.de](mailto:harald.engler@leibniz-irs.de)

Harald Engler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter sowie stellvertretender Abteilungsleiter der Historischen Forschungsstelle des IRS. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet der europäischen Stadt- und Urbanisierungsgeschichte des 20. Jahrhunderts sowie der DDR-Planungs- und Baugeschichte – speziell biographische Forschungen zu Architekten und Planern sowie zum Institutionensystem des DDR-Bauwesens.

## Nachrichten aus dem Institut

**Oliver Ibert**  
ist neuer Direktor des IRS



Foto: IRS

Seit die langjährige IRS-Direktorin Heiderose Kilper im Oktober 2018 in den Ruhestand gegangen ist, wurde das IRS kommissarisch geführt, zunächst von Gabriela Christmann, Leiterin der IRS-Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ und ab April dieses Jahres von Christoph Bernhardt, Leiter der Historischen Forschungsstelle des IRS. Am 29. Mai 2019 bestellte das Kuratorium des IRS Oliver Ibert zum neuen Institutsdirektor. Seine Ernennung zum Professor für Raumbezogene Transformations- und Sozialforschung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg durch die brandenburgische Wissenschaftsministerin Martina Münch am 24. Juni 2019 schloss das gemeinsame Berufungsverfahren ab, das mit der Ausschreibung der Position im Oktober 2017 begonnen hatte.

„Das IRS hat sich in der Amtszeit von Heiderose Kilper zu einem international renommierten, exzellenzorientierten Forschungsinstitut entwickelt, was zuletzt durch die erfolgreiche Evaluierung 2017 bestätigt wurde. Ich werde jetzt auf diesem Weg weitergehen und eigene Akzente setzen. Ich danke für das Vertrauen und die Unterstützung, die mir entgegengebracht werden. Vor allem danke ich Gabriela Christmann und Christoph Bernhardt für ihr großes Engagement“, sagt Ibert.

Oliver Ibert hatte von 2009 an bis zu seiner Berufung in Cottbus die Professur für Wirtschaftsgeographie an der Freien Universität (FU) Berlin inne. Er leitet außerdem seit 2009 die Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ des IRS und nimmt diese Funktion in einer Doppelspitze mit der kommissarischen Abteilungsleiterin Jana Kleibert weiterhin wahr. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der raumbezogenen Innovations- und Kreativitätsforschung, sozialwissenschaftlicher Krisen- und Resilienzforschung, sowie der Forschung zu Prozessen der ökonomischen Wertkreation.

Ibert studierte von 1991 bis 1997 die Fächer Geographie, Germanistik und Politikwissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Dort schloss er 2002 auch seine Promotion zum Dr. rer. pol. mit dem Thema „Innovationsorientierte Planung“ ab. 2009 erfolgte die Habilitation mit einer Arbeit zum Thema „Lerdynamiken: Eine relationale Wirtschaftsgeographie von Wissenspraktiken und Innovationsprozessen“ an der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn.

Von 1998 bis 2002 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Stadtforschung am Institut für Soziologie an der Universität Oldenburg tätig. Von 2002 bis 2009 arbeitete Oliver Ibert im Arbeitsbereich Sozioökonomie des Raumes am Geographischen Institut der Universität Bonn, zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter, dann als akademischer Rat (a. Z.). Im Sommer 2014 war Ibert für fünf Wochen Visiting Professor am Department of Political Sciences an der University of Toronto und im Herbst 2018 für drei Wochen Halsworth Visiting Professor an der University of Manchester. Er ist Mitglied im Herausgeberbeirat von Palgrave Communications und fungiert als Sprecher der Projektgruppe „Experten in Krisen“ im Rahmen des Leibniz-Forschungsverbundes „Krisen einer globalisierten Welt“.

Kontakt:

► **Prof. Dr. Oliver Ibert**  
Tel. 03362 793 152  
oliver.ibert@leibniz-irs.de



## IRS Spring Academy 2019

Foto: Chlorophylle/adobe stock photo



Foto: IRS

### Abschluss und Neuanfang: Die dritte IRS Spring Academy

Gemeinsam mit dem Design Research Lab der Universität der Künste Berlin richtete das IRS vom 4. bis zum 7. Juni 2019 die dritte IRS Spring Academy „Investigating Space(s): Current Theoretical and Methodological Approaches“ aus. 38 Teilnehmende von Forschungsinstitutionen in zehn Ländern, Referentinnen und Referenten eingeschlossen, kamen dafür in Erkner und Berlin zusammen, ein Großteil davon Promovierende. Gefördert wurde das Event wie in den beiden Jahren zuvor von der VolkswagenStiftung. Mit der Spring Academy hat das IRS ein international sichtbares Format etabliert, das eine breite Palette von Disziplinen mit Interesse an raumbezogener Forschung anspricht, wie Geografie, Planung, Architektur, Politikwissenschaft, Soziologie, aber auch Kultur- und Geschichtswissenschaften. Die IRS Spring Academy soll den Austausch über den state of the art bei Theorien und Methoden zur Erforschung von Raum und Räumen fördern. Die kreativsten Köpfe der raumbezogenen Forschung, aufstrebende wie etablierte, sollen das IRS als attraktiven Ort für fruchtbaren Gedankenaustausch erleben. Nach drei Jahren lässt sich konstatieren, dass dieses Ziel erreicht wurde.

Nach den Themenschwerpunkten „Temporality and Procedurality“ (2017, gemeinsam ausgerichtet mit dem Fachbereich Soziologie der Technischen Universität Berlin) und „Virtuality and Socio-Materiality“ (2018, gemeinsam ausgerichtet mit dem Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, auch bekannt als Deutsches Internet-Institut) fokussierte die Spring Academy 2019 zu „Topologies“ einen Zugang zu räumlichen Fragestellungen, der nicht über Territorien und Skalenebenen funktioniert, sondern über die historisch gewachsene Eigenlogik, Komplexität und „Messiness“ konkreter Orte. Der Ansatz, anerkannte lokale Partner mit ins Boot zu holen wurde auch bei dieser IRS Spring Academy verfolgt, und so beteiligte sich das Design Research Lab der Universität der Künste Berlin an ihrer Ausrichtung. Das DRLab ist eine Plattform für interdisziplinäre Forschung an praktikablen, den menschlichen Bedürfnissen angepassten Designlösungen, etwa für Mensch-Maschine-Interaktion und digitale Kommunikation. Ein Teil des Programms wurde im Berlin Open Lab abgehalten, das die UdK in Kooperation mit der TU Berlin als offenen Innovationsort betreibt.



Fotos: IRS

Drei Keynote-Speakers präsentierten in ihren Lectures aktuelle topologisch orientierte Forschungsansätze zu Themen mit hoher gesellschaftlicher Relevanz. Beispielsweise setzte sich Richard Rodger, emeritierter Professor für Geschichtswissenschaft an der University of Edinburgh, mit der Frage auseinander, wie Informationssysteme und administrative Grenzbeziehungen die Möglichkeiten beeinflussen, Orte in einer Stadt wirtschaftlich in Wert zu setzen. Leidenschaftlich sprach er sich für Open Source-Informationssysteme wie Open StreetMap aus, deren Aktualität und Datenqualität von einer Freiwilligen-Community aufrechterhalten werden.

In die Tiefe gehen konnten die Promovierenden dann bei individuellen Konsultationen mit den Keynote Speakers und weiteren profilierten Seniors – „sehr effektiv“, wie eine Teilnehmerin bemerkt. Bei mehreren Paper Pitch-Sessions hatten die Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler die Gelegenheit, ihre Arbeiten kurz und prägnant vorzustellen und sich Feedback dazu einzuholen. Ein besonderes Format dieser Spring Academy waren die „Doing-Research Workshops“: Hier ging es darum, sich über ganz handfeste, praktische Probleme auszutauschen, mit denen Forschende im Feld konfrontiert sind, etwa die Frage, wie man Kontakte anbahnt. „Über diese Dinge wird normalerweise nicht in Lehrbüchern oder Artikeln geschrieben, also müssen wir darüber reden“, sagt Jana Kleibert vom IRS, die gemeinsam mit Cristina Temenos von der University of Manchester einen solchen Workshop leitete.

Kontakt:

► **Prof. Dr. Oliver Ibert**  
Tel. 03362 793 152  
oliver.ibert@leibniz-irs.de

Mit der dritten IRS Spring Academy kam im Jahr 2019 die Finanzierung des Formats durch die VolkswagenStiftung zum Abschluss. Wegen ihres großen Erfolges soll die Reihe dennoch fortgesetzt werden. Im Jahr 2020 wird die IRS Spring Academy aus dem Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“ finanziert. Das Thema im Mai 2020 wird „Spaces of Crises“ lauten.

Zur Veranstaltung 

**Monika Motylinska**  
erhält Freigeist-Fellowship  
der VolkswagenStiftung



Foto: Philip Bartz für VolkswagenStiftung



Zum Projekt



Kontakt:

► **Dr. Monika Motylinska**

Tel. 03362 793 142

monika.motylinska@leibniz-irs.de

Was haben deutsche Bauunternehmen wie Bilfinger Berger und HOCHTIEF zur Globalisierung der Architektur beigetragen? Noch nie wurde diese Frage umfassend, aus der Sicht unterschiedlicher Disziplinen untersucht. Für ihre wegweisende Projektidee wurde der IRS-Architekturhistorikerin Monika Motylinska am 13. September 2019 ein Freigeist-Fellowship der VolkswagenStiftung verliehen. Die Förderung erlaubt es Motylinska fünf Jahre lang zu forschen und dabei bis zu drei Doktorandinnen oder Doktoranden auszubilden. Die Fördersumme für Motylinskas Projekt beläuft sich auf 1.060.000 €, wovon 830.000 € von der VolkswagenStiftung getragen werden. Der verbleibende Betrag wird vom IRS als Ko-Finanzierung getragen. Diese Nachwuchsgruppe wird mit der Bauhaus-Universität Weimar assoziiert sein. Johan Lagae, Professor an der Universität Gent, fungiert als externer Mentor des Projekts.

Das in der Historischen Forschungsstelle des IRS angesiedelte Projekt trägt den Titel „Conquering (with) Concrete. German Construction Companies as Global Players in Local Contexts“. Es untersucht, wie große deutsche Baufirmen Märkte und Räume eroberten und damit ihre Präsenz in unterschiedlichen Regionen des Globalen Südens wortwörtlich zementierten. Denn die Frage der Zementproduktion ist zentral. Wissen und Kontrolle über Herstellung und Distribution von Zement waren und sind ein prägender Faktor für die Fähigkeit von Bauunternehmen, neue Märkte zu erschließen.

Das Projekt nutzt Bauunternehmen als analytische Prismen – für das Zusammenkommen von materiellen und immateriellen Faktoren wie Kapital, Wissen, technischen Standards und architektonischen Ideen, aber auch von verschiedenen disziplinären Perspektiven: Architektur- und Baugeschichte, Stadtforschung, Wirtschaftsgeographie, Governance, Ökologie und Anthropologie. Dabei sollen auch die Hinterlassenschaften deutscher Bauunternehmen im Globalen Süden und die Persistenz des Labels „Made in Germany“ in der Bauwirtschaft betrachtet werden. Anhand von Fallstudien in Brasilien, Indien und Nigeria geht es darum, wie der deutsche Architektexport des 20. Jahrhunderts sich an unterschiedliche lokale Bedingungen angepasst hat, und wie mit diesem Erbe umgegangen wird – etwa im Denkmalschutz.

In der Pressemitteilung der VolkswagenStiftung vom 3. September 2019 heißt es: „Die Freigeist-Fellowships der VolkswagenStiftung richten sich an ungewöhnliche und mutige Querdenker aus allen Fachgebieten in den ersten vier Jahren nach ihrer Promotion. Der Begriff spiegelt die fachliche Offenheit des Programms wider, die ausgewählten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen über das Bekannte hinausdenken: Um Freigeist-Fellow werden zu können, müssen die jungen Forscherpersönlichkeiten nicht nur eine herausragende fachliche Expertise mitbringen, sondern auch über die Grenzen der eigenen Fachdisziplin hinausblicken und kritisches Analysevermögen mit neuen Perspektiven und Lösungsansätzen verbinden.“

Motylinska ist eine von insgesamt neun Freigeist-Fellows, die in der aktuellen Runde gefördert werden – und die einzige, die an einer außeruniversitären Forschungseinrichtung angesiedelt ist. Rund 90 Forscherinnen und Forscher hatten zum Stichtag im Oktober 2018 Ideen eingereicht. Am Freigeist Fellowship-Programm schätzt Motylinska die große Offenheit. „Seit ich 2014 zum ersten Mal von Freigeist hörte, war mir klar, dass ich diese Option für meinen weiteren akademischen Weg wählen würde, weil sie Vorhaben mit unvorhersehbarem Ausgang unterstützt, die nicht in einen disziplinär abgegrenzten Rahmen passen“, sagt sie. „Wichtig ist mir außerdem, dass eine Freigeist-Fellowship faire Arbeitsbedingungen für das ganze Forschungsteam bietet, etwa dreijährige Arbeitsverträge mit Sozialversicherung für Doktoranden anstelle von Stipendien.“ ■

## Internationale Tagung zu Unternehmerischen Ökosystemen

Damit Startups entstehen und wachsen können, bedarf es spezieller Umgebungsbedingungen, die seit einiger Zeit unter dem Label „Entrepreneurial Ecosystem“ – unternehmerisches Ökosystem – diskutiert werden. Ein solches Ökosystem besteht aus den politischen, ökonomischen und kulturellen Elementen einer Region, die unternehmerische Prozesse befördern. Das „Ökosystem“ ist also eine Metapher – ein positiv besetztes Bild für das Zusammenwirken verschiedener Faktoren, die Innovation, Kreativität und Gründungsdynamik befördern.



v.l.n.v.r.: Katharina Scheidgen, Stephan Manning, Tom Elfring, Susann Schäfer, Yuval Engel, Oliver Ibert, Michaela Hruskova, Rolf Sternberg, Ben Spigel, Andreas Kuebart, Robert DeFillippi, Tönis Met, Joris Ebbes, Agata Kapturkiewicz, Erik Stam, Christoph Ewald, Timo Braun, Janna Alvedalen, Howard Aldrich, Maryann Feldman, Stanislav Vavilov, Suntje Schmidt.

Foto: Anke Harwardt-Feye

In der Praxis findet das Konzept bereits großen Anklang. Weil die Ökosystemperspektive aber vergleichsweise neu ist, beginnt die interdisziplinäre Forschung erst, das Konzept weiter auszdifferenzieren und zu validieren. Hier setzte das von der VolkswagenStiftung geförderte internationale Herrenhäuser Symposium „Temporal Dynamics in Entrepreneurial Ecosystems“ am 1. und 2. Juli 2019 in Hannover an, welches von Suntje Schmidt (IRS und Humboldt-Universität zu Berlin), Timo Braun (Freie Universität Berlin) und Katharina Scheidgen (Technische Universität Berlin) organisiert wurde. International führende Entrepreneurship-Forscherinnen und -Forscher wie Howard Aldrich, Maryann Feldman (beide University of North Carolina) und Erik Stam (Universiteit Utrecht) diskutierten dabei den Stand des Wissens und wiesen auf noch offene Fragen hin, wie etwa: Wie beobachtet man die Entstehung, Entwicklung und Veränderung von Ökosystemen? Und wie lassen sich die Grenzen von Ökosystemen benennen, in territorialer, aber auch in organisationaler und institutioneller Hinsicht?

In Pitch- und Breakout Sessions stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Arbeiten in prägnanten Inputs vor, die intensiv im Plenum diskutiert wurden. Das Pitch-Format zwingt Vortragende, sich auf kurze Vorstellungen zu konzentrieren. Es eignet sich besonders für einen interdisziplinären Austausch, weil disziplinäre Grenzen so in den Hintergrund rücken. Eine besondere Herausforderung im interdisziplinären Arbeiten besteht darin, Ergebnisse von Forschungsarbeiten zu veröffentlichen, weil viele Journale an wissenschaftlichen Disziplinen orientiert sind und weil unterschiedliche Disziplinen schwer miteinander zu vereinbarende Publikationspraktiken verfolgen. Deswegen ging eine Session des Symposiums explizit auf die Herausforderung ein, interdisziplinäre Forschungsarbeit erfolgreich zu veröffentlichen. ■

Kontakt:

► **Prof. Dr. Suntje Schmidt**

Tel. 0241 80 92309

[suntje.schmidt@geo.rwth-aachen.de](mailto:suntje.schmidt@geo.rwth-aachen.de)

Zur Tagung



## Konferenz zu digitaler Visualisierung in der Stadtplanung

Seit den 1990er Jahren haben sich die Praktiken der Planung massiv verändert. Neben einer Bedeutungszunahme partizipativer Planung gilt das besonders für die Nutzung digitaler Technologien. Speziell digital produzierte Visualisierungen scheinen in diesen Prozessen und nicht zuletzt auch für die Vorstellungen urbaner Zukunftsvisionen eine entscheidende Rolle zu spielen. Oft als Instrumente zur Förderung von Partizipation angesehen, sollen sie im besten Falle dazu beitragen, Öffentlichkeit und Transparenz herzustellen. Über die bisherige und gegenwärtige Nutzung und die Auswirkungen spezifischer Modi der analogen und digitalisierten Visualisierung auf die tatsächlichen städtebaulichen Planungs- und Entwicklungsprozesse ist jedoch wenig bekannt.



Fotos: IRS

Zur Veranstaltung



Am 26. und 27. September 2019 hielt das in der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ angesiedelte Projekt „Med- Plan“ in Kooperation mit dem Sonderforschungsbereich „Re-Figuration von Räumen“ an der Technischen Universität Berlin seine Abschlusskonferenz zu „Visual Communication in Urban Design and Planning“ ab, die sich dieser Frage annahm. Hierzu wurden national und international renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eingeladen, die auf dem Gebiet visueller Kommunikation in der Stadtplanung wichtige Beiträge zu einem noch jungen Forschungsfeld leisten.

In drei aufeinanderfolgenden Sessions ging es um die Bedeutung von Planungskulturen für visuelle Planungskommunikation, um visuelle Kommunikation und den öffentlichen Raum, sowie um den Zusammenhang zwischen visueller Kommunikation und Partizipation. Die Vorträge gewährten dabei Einblicke in historische Entwicklungen anhand von Visualisierungen in der Planung, etwa in Amsterdam, Kairo, Berlin oder dem Saarland. Ebenso wurden postkoloniale Perspektiven auf Planungsprozesse in Lagos oder Kairo entwickelt, die anschaulich, aber kritisch den Umgang mit der visuellen Darstellung von Utopien und Vorstellungen städtischer Zukünfte darlegten.

Und letztlich zeigten auch die Vorträge zur digitalen Beteiligung in Nordengland, Schweden, Deutschland (Berlin) und den USA, dass sich die öffentliche Sphäre nicht nur verändert, sondern dass durch digitale Formen der visuellen Kommunikationen auch die Vermittlung und der Austausch von Wissen sowie die Herstellung von Vertrauen zu zentralen Herausforderungen werden. Mit Laura Kurgan (Columbia University, New York) und Gillian Rose (University of Oxford) konnten schließlich zwei angesehene Wissenschaftlerinnen gewonnen werden, die im Rahmen einer Public Lecture im BHR-OX bauhaus reuse am Ernst-Reuter-Platz in Berlin und einer Morning Lecture am IRS aktuelle Aspekte urbaner Visualisierungen im Fahrwasser von Big Data, Smart City und Algorithmisierung kritisch diskutierten.

Den Abschluss bildete ein Roundtable, der sich mit der Frage befasste, inwieweit Digitalisierungs- und Mediatisierungsprozesse wirklich zu einer Veränderung der Planung geführt haben – was alle Beteiligten mehrfach betonten. Dies gilt beispielsweise für die Designpraktiken in Planung und Architektur, die es aber genauer zu reflektieren gilt.

Kontakt:

► Dr. Ajit Singh

Tel. 03362 793 276  
ajit.singh@leibniz-irs.de

► Prof. Dr. Gabriela Christmann

Tel. 03362 793 299  
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

► Prof. Dr. Christoph Bernhardt

Tel. 03362 793 280  
christoph.bernhardt@leibniz-irs.de

Transferveranstaltung  
**46. Regionalgespräch diskutiert  
Strukturwandel in der Lausitz**

„Was heißt hier Strukturwandel in der Lausitz?“ hieß die Leitfrage des sehr gut besuchten 46. Brandenburger Regionalgesprächs im IRS am 22. Mai 2019 – der Tag, an welchem das Bundeskabinett Strukturanpassungsmittel in Höhe von 40 Milliarden Euro für die deutschen Kohleregionen beschloss.



Fünf Sprecher saßen auf dem von IRS-Pressereferent Felix Müller moderierten Panel: Stefan Zundel, Professor für Allgemeine VWL mit dem Schwerpunkt Energie- und Umweltökonomik an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, Daniel Häfner, Soziologe und Kommunikationsberater mit regionalem Schwerpunkt in der Lausitz, und Axel Kruschat, Geschäftsführer des Brandenburger Landesverbandes des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Oliver Ibert, damals noch Professor für Wirtschaftsgeographie an der Freien Universität Berlin und Leiter der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“, und Ludger Gailing, kommissarischer Leiter der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ des IRS. „Wir sind keine Lausitz-Forscher“, betonte Müller gleich zu Beginn mit Blick auf die Perspektive des IRS. Die beiden IRS-Wissenschaftler brachten ihre Sichtweisen auf regionalökonomische Transformation sowie alte und neue Energieräume ein, die auch für die Lausitz relevant sind.

Die Statements der Sprecher sind größtenteils auf der Website des IRS dokumentiert. Aus diesen, wie auch aus der wie üblich sehr lebendigen Diskussion aller Anwesenden lassen sich einige Hauptthemen und -erkenntnisse dieses Regionalgesprächs ableiten:

Erstens: Eine Konzentration der Regionalentwicklungsdiskussion in der Lausitz auf das Thema Braunkohle, bzw. wodurch sie zu ersetzen ist, wird dem Thema nicht gerecht. Heute hängen in der Lausitz geschätzt ca. 15.000 – gut bezahlte – Arbeitsplätze an Braunkohleabbau und -verstromung. Sie zu verlieren, auch mit Blick auf wegfallende Steuereinnahmen der Kommunen und wegfallende Konsumnachfrage, wäre für die Region schwierig zu verkraften. Doch sind die Probleme keinesfalls mit der Massenarbeitslosigkeit der 1990er Jahr vergleichbar. Eine Gesamtbetrachtung lässt andere – und sehr viel „normalere“ – Strukturprobleme, wie sie auch in anderen dünn besiedelten Regionen Brandenburgs anzutreffen sind, drängender erscheinen: Fachkräftemangel durch Alterung und Abwanderung, unsichere Betriebsnachfolgen, schlechte verkehrliche Erreichbarkeit speziell mit der Bahn, hohe Verkehrsbelastung durch Pendlerströme und ausgedünnte soziale Infrastrukturen wie Schulen und Begegnungsorte.

Zweitens: Die regionalen, politischen und kulturellen Identitätsbezüge der Menschen in der Lausitz sind ein zentrales Thema. Sowohl in der Außen- als auch in der Binnenwahrnehmung ist Braunkohle heute ein verbindendes und sogar definierendes Element der Identität einer Region,



Foto: v.l.n.r.: Axel Kruschat, Oliver Ibert, Luger Gailing, Daniel Häfner, Stefan Zundel, Felix Müller

Foto: IRS

die sich über die Grenzen von zwei deutschen Bundesländern und zwei Nationalstaaten erstreckt. Dieser Bezug ist jedoch historisch relativ jung und muss nicht die Zukunft der Lausitz prägen. Mit ihm verbunden ist eine Geschichte der Fremdbestimmung, denn weder der Aufschluss der ersten Tagebaue vor etwa 120 Jahren und die Entwicklung der Lausitz zum Kohle- und Energiebezirk in der DDR, noch das Ende des Braunkohleabbaus wurde von den Menschen in der Region beschlossen. Nach 1990 sorgte die jahrzehntelange Unklarheit über den weiteren Weg des Braunkohleabbaus in der Lausitz – Ausbau, Fortführung oder Einstellung? – für existenzielle Unsicherheit bei zahlreichen betroffenen Menschen, insbesondere den Einwohnern von Dörfern, die für den Abriss vorgesehen waren.

Drittens: Die Suche nach neuen identitätsstiftenden Elementen ist schwierig. Daniel Häfner sprach sich dafür aus, die sorbische Identität als einen kulturellen Ankerpunkt zu betrachten, an dem neue Aktivitäten ansetzen können. Ein illustratives Beispiel hierfür kam beim 44. Regionalgespräch 2018 zum Wandel der Arbeitswelt zur Sprache: Das Modelabel „Wurlawy“ der Lübbenauer Designerin Sarah Gwiszcz verweist auf sorbisch-wendische Trachten als

kulturellen Bezugspunkt, transformiert diese Inspiration jedoch in etwas grundsätzlich Neues. Oliver Ibert und Ludger Gailing vom IRS betonten in ihren Statements das Ideal einer selbstbestimmten regionalen Entwicklung, freilich ohne die großen Hindernisse zu verschweigen, die diesem Ideal entgegenstehen. Einer ihrer Vorschläge ist die Einrichtung einer kleinen, aber agilen Regionalentwicklungsagentur.

Viertens: Die anwesenden Experten teilten eine große Skepsis gegenüber allen Versprechen, alte Industriearbeitsplätze 1:1 durch neue, strukturell gleiche Arbeitsverhältnisse und Wertschöpfungsformen zu ersetzen – eine Hoffnung, die in aktuellen Betrachtungen der Lausitz als „Energie-region“ mitschwingt. Großprojekte, wie die Ansiedlung eines CCS-Standortes (Carbon Capture and Storage, also die unterirdische Verpressung von aus der Luft gefiltertem CO<sub>2</sub>) etwa, sind gescheitert. Zweifelsohne bieten neue Energietechnologien große Potenziale für die Region, und die Ansiedlung spezifischer Kompetenzzentren wie des DLR-Instituts für CO<sub>2</sub>-arme Industrieprozesse in Cottbus wird weithin begrüßt. Ibert und Gailing machten jedoch deutlich, dass erstens alte und neue Strukturen lange Zeit parallel existieren können, ohne in einem sinnhaften Bezug zueinander zu stehen, und dass zweitens der Weg zu einem neuen Entwicklungspfad offen und experimentell ist. Deshalb sei das Schaffen von geschützten Experimentier- und Demonstrationsräumen – wie bereits geschehen in der Internationalen Bauausstellung (IBA) „Fürst Pückler Land“ – so wichtig. ■

Kontakt:

► **Gerhard Mahnken**

Tel. 03362 793 113

gerhard.mahnken@leibniz-irs.de

Zur Veranstaltung



Neues Projekt  
Städtische Klimapolitik im  
internationalen Vergleich



Seit Oktober 2019 läuft in der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ das Drittmittelprojekt „Matching Forerunner Cities: coping with climate change in Turku, Malmö, Rostock, and Groningen“, kurz „MaFoCi“. Es wird von Kristine Kern geleitet. Das IRS kooperiert in diesem Projekt mit der Åbo Akademi University in Turku, Finnland. Finanziert wird das MaFoCi-Projekt durch das „Turku Urban Research Programme“, das von der Stadt Turku, der Åbo Akademi University und der University of Turku gemeinsam getragen wird. Turku versteht sich als klimapolitische Vorreiterstadt, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis zum Jahr 2029 klimaneutral zu werden. In diesem Projekt wird das Ziel verfolgt, die Klimastrategie der Stadt Turku mit denen ähnlich aktiver und auch strukturell ähnlicher Vorreiterstädte zu vergleichen. Ausgewählt wurden Groningen (Niederlande), Malmö (Schweden) und Rostock (Deutschland).

Die vier Städte teilen zahlreiche Besonderheiten: Es handelt sich um alte Hanse- und Universitätsstädte, die schon immer durch natürliche Bedrohungen (z.B. Überschwemmungen) und menschengemachte Katastrophen (z.B. Brände) gefährdet waren. Sie haben sich im Lauf ihrer Geschichte zu regionalen Zentren entwickelt und hingen wirtschaftlich lange von Seehandel, Schiffbau und Fischerei ab.

In jüngerer Zeit nutzten sie den wirtschaftlichen Strukturwandel zur erfolgreichen Transformation von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und haben sich gewissermaßen neu erfunden. Vor diesem Hintergrund soll MaFoCi Lernpotenziale für Turku aus der Untersuchung der drei Vergleichsstädte identifizieren. Darüber hinaus zielt das Projekt darauf ab, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie Vorreiterstädte zu führenden Akteuren in der Klimapolitik werden können, wie also städtische Klimapolitiken skaliert und transferiert werden können. Als anwendungsnahe Projekt soll MaFoCi hier konkrete Politikempfehlungen entwickeln. ■

Zum Projekt

Kontakt:  
► Prof. Dr. Kristine Kern  
Tel. 03362 793 205  
kristine.kern@leibniz-irs.de



Foto: IRS/Wolfgang Haupt



Foto: IRS/Wolfgang Haupt

## Neue Projekte zur Bau- und Architektur- geschichte gestartet

In der Historischen Forschungsstelle sind drei neue Drittmittelprojekte zur deutschen Bau- und Architekturgeschichte angelaufen. Zwei dieser Projekte wurden als Teilprojekte im Rahmen einer Ausschreibung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bewilligt. Hier handelt es sich um Elemente einer historischen Aufarbeitung der Baupolitik in der Zeit des Nationalsozialismus. Das dritte Projekt wird von der DFG finanziert und untersucht die Funktionsweise von Architekturkollektiven in der DDR.



Gebäude der Deutschen Wirtschaftskommission im Januar 1949, Leipziger Straße Ecke Wilhelmstraße in Berlin (seit 1992 Detlev-Rohwedder-Haus)

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-19000-4055/CC-BY-SA 3.0, commons.wikimedia.org



Das Architektenkollektiv unter der Leitung von Wilfried Stallknecht (2. v. r.), das 1967 Pläne für das „sozialistische Musterdorf“ Ferdinandshof (Bezirk Neubrandenburg, bei Uckermark) entwickelte.

Foto: IRS

Das zum Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) gehörende Bauressort der Regierung ist bestrebt, seine Vorgeschichte in der Zeit des Nationalsozialismus erforschen zu lassen. Über das BBSR schrieb das Ministerium 2018 ein Forschungsprojekt aus, das sich in insgesamt zwölf Teilprojekten mit verschiedenen Dimensionen vom „Bauen und Planen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen“ befassen soll. Ziel ist es dabei, „die NS-Vergangenheit der damals zuständigen Institutionen für Stadtentwicklung, Wohnungswesen, Raumordnung und Bauen in der NS-Zeit sowie angrenzender Zeiträume“ zu erforschen und aufzuarbeiten. Zwei Teilprojekte werden am IRS bearbeitet.

Das Teilprojekt ► **Städtebau und Bestandspolitik 1933-1945** verfolgt unter der Leitung von Christoph Bernhardt, Leiter der Historischen Forschungsstelle, (zusammen mit Harald Bodenschatz) das Ziel, mehrere bislang nur punktuell verbundene Forschungsstränge der historischen Forschung zur NS-Zeit zu verbinden. Dazu zählen die Architektur- und Städtebaugeschichte, hier besonders Forschungen zu Repräsentationsbauten und Großplanungen, die allgemeine Institutionengeschichte des NS-Regimes und die kommunalgeschichtliche Forschung, welche in jüngerer Zeit die häufig treibende Rolle lokaler Verwaltungen und Bevölkerungsgruppen bei Unrechtstaten und Verbrechen thematisiert. Entsprechend strebt das Teilprojekt eine Verknüpfung von architektur- und planungsgeschichtlichen mit politik- und kulturgeschichtlichen Perspektiven auf das Planen und Bauen in der NS-Zeit an.

Unter der Leitung von Harald Engler (zusammen mit Frank Betker) befasst sich das Teilprojekt ► **Wohnungs- und städtebauliche Weichenstellungen in SBZ und DDR bis 1955** mit der Transformation der nationalsozialistischen Bau- und Planungspolitik in das neue Politik- und Gesellschaftssystem der DDR. Dabei geht es darum, die Kontinuitäten und wesentlich häufiger auftretenden Brüche in dieser Entwicklung anhand dreier Untersuchungsfelder geschichtswissenschaftlich zu analysieren: Erstens, anhand des Wandels der institutionellen Rahmenbedingungen, wozu etwa die Organisationsgeschichte von staatlicher Wohnungspolitik, der Wohnungsbau und das Bau- und Planungswesen der DDR mit den Ministerien und obersten Baubehörden zählen; zweitens anhand der relevanten Schlüsselakteure wie etwa Baufunktionären, über die biographische Porträts angefertigt werden; drittens anhand der städtebaulichen und planerischen Leitbilder.

Kontakt:

► Prof. Dr. Christoph Bernhardt

Tel. 03362 793 142

christoph.bernhardt@leibniz-irs.de

► Dr. Harald Engler

Tel. 03362 793 224

harald.engler@leibniz-irs.de

Das DFG-Projekt ► **Architektur- und Planungskollektive der DDR. Institutionelle Strukturen und kreative Prozesse in der sozialistischen Architekturproduktion** untersucht Architekturkollektive als kennzeichnende institutionelle und organisatorische Form der Architekturproduktion in der DDR. Diese folgte der marxistisch-leninistischen Staatsideologie der DDR, die postulierte, dass der einzelne Mensch seine Fähigkeiten nur in der Gemeinschaft des Kollektivs vollumfänglich entfalten könne. Das Projekt untersucht planungsgeschichtlich hoch relevante Fragen: Wie haben sich Architekturkollektive organisiert? Wie waren die Arbeitsstrukturen gesetzlich geregelt und politisch geprägt? Welche Auswirkungen hatte das kollektive Arbeiten auf die Kreativität der Entwurfsarchitektinnen und -architekten? Die Historische Forschungsstelle kooperiert in dem Projekt mit dem Arbeitsbereich Denkmalpflege des Kompetenzzentrums Denkmalwissenschaften und Denkmaltechnologien (KDWT) Bamberg. Die Projektleitung liegt bei Harald Engler (IRS), die Architekturhistorikerin Stefanie Brünenberg wurde als Projektbearbeiterin eingestellt. ■

Neues Projekt  
Bündnis „region 4.0“  
nimmt Arbeit auf



Foto: Filmuniversität Babelsberg, Dr. André F. Nebe (Dipl. jur.)

Die Problemlagen vieler strukturschwacher Räume sind weithin bekannt: In mehr als der Hälfte der Regionen Deutschlands schrumpft die Bevölkerung, wovon viele ländliche Räume in Ostdeutschland besonders stark betroffen sind. Ertragreiche Beschäftigungsmöglichkeiten und wirtschaftliche Wertschöpfung wachsen hier bislang überwiegend in den Ballungsräumen. Mit dem Vorhaben „WIR! Wandel durch Innovation in der Region“ fördert das BMBF zielgerichtet innovative Wertschöpfungsansätze in strukturschwachen Räumen, die noch kein sichtbares Profil in Innovationsfeldern entwickelt haben. Die Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ des IRS ist an einem Projekt im Rahmen dieser Maßnahme beteiligt.

Im Sommer 2019 begann die gemeinsame Arbeit im Bündnis „region 4.0“, das im Rahmen von WIR! gefördert wird. Diese ist praxisnah und umsetzungsorientiert ausgerichtet: Wissenschaft und Praxisakteure entwickeln gemeinsam Wertschöpfungsmodelle, die an die lokalen Gegebenheiten angepasst sind und sowohl identitätsstiftend wirken als auch die Wirtschaftsstruktur der Umsetzungsregion stärken sollen. Letztere besteht aus den Landkreisen Barnim und Uckermark in Brandenburg, sowie dem ehemaligen Landkreis Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern. Das Bündnis besteht aus der Hochschule für

Kontakt:  
► **Dr. Ludger Gailing**  
Tel. 03362 793 252  
ludger.gailing@leibniz-irs.de

### Neues Projekt **StadtumMig – Von schrumpfenden Siedlungen zu Einwanderungsquartieren**

Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, wo auch die Koordination liegt, der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf, dem Investor Center Uckermark, den Stadtwerken Schwedt, der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft, pro agro, dem Zentrum für Technik und Gesellschaft der TU Berlin und dem IRS. Es hat zum Ziel, eine bereits in der Konzeptionsphase des Bündnisses entwickelte Innovationsstrategie umzusetzen, die die Entwicklung innovativer Wertschöpfungsnetze in den Handlungsfeldern Tourismus, Land- und Ernährungswirtschaft und Daseinsvorsorge bzw. Infrastruktur einschließt. Der Beitrag des IRS besteht in der Begleitung und wissenschaftlichen Fundierung der Arbeit des WIR!-Bündnisses im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Innovationsstrategie in den Jahren bis 2022. ■

Zum Projekt



Ab den 1990er Jahren verloren viele ostdeutsche Großwohnsiedlungen massiv Einwohner. Im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost wurden daraufhin ganze Quartiere um- oder rückgebaut, das Infrastrukturangebot ausgedünnt. In den 2000er Jahren wurden zum Teil Wohnungsbestände privatisiert, insbesondere durch einen Kauf von Finanzinvestoren. Als 2015 ein verstärkter Zuzug von Geflüchteten einsetzte, trafen die Neuankömmlinge in vielen deutschen Städten auf einen angespannten Immobilienmarkt. Großwohnsiedlungen mit hohem Leerstand gehörten zu den wenigen Quartieren, in denen noch freier Wohnraum zur Verfügung stand. Die Zuweisungspraxis der Behörden verstärkte zusätzlich die Einwanderung von Geflüchteten in ohnehin sozial schwache Stadtquartiere. So verwandelten sich etliche dieser Wohnsiedlungen nach und nach in Ankunftsquartiere.

Hierdurch hat sich die Einwohnerzahl vieler Großwohnsiedlungen stabilisiert. Neue Entwicklungsperspektiven ergeben sich – zugleich jedoch auch Herausforderungen: Erstens erschweren unsichere Bleibeperspektiven eine langfristige Entwicklungsplanung in den Siedlungen. Dabei beeinflusst sowohl der unsichere Aufenthaltsstatus die Bleibeperspektive als auch die Frage, ob die Migrantinnen und Migranten in den Quartieren ein Zuhause finden. Erfahrungen mit Diskriminierung und nicht ausreichenden Betreuungsangeboten und Betätigungsmöglichkeiten erschweren das Ankommen. Zweitens ist unsicher, welche Wohnraum- und Infrastrukturbedarfe genau bestehen und entstehen. Drittens stehen zwar ausreichend Grünanlagen zur Verfügung, doch treffen hier widersprüchliche Nutzungsanforderungen oft konfliktuell aufeinander. Die Koordination aller notwendigen Maßnahmen verlangt, viertens, zusätzliche Ressourcen (Geld, Personal) von den kommunalen Verwaltungen, die in finanzschwachen Kommunen kaum zur Verfügung stehen.

Das im Frühsommer 2019 gestartete BMBF-Verbundprojekt „Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwandererquartier? Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen“ (StadtumMig) soll helfen, Lösungsvorschläge für diese Herausforderungen zu entwerfen. Es geht der Frage nach, ob sich „Stadtumbauviertel“ tatsächlich in Einwanderungsquartiere verwandeln und welche Perspektiven sich daraus ergeben. Es fragt danach, wie die Integration der Zugewanderten – im Sinn des Zugangs zu Teilhabemöglichkeiten und sozialen Kontakten – erleichtert werden kann und was dem entgegensteht. Es will herausfinden, welche Formen der Koordination zwischen öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren sich als zielführend erweisen und will Potenziale und Probleme gleichermaßen analysieren.

Empirisch stützt sich die Untersuchung auf drei Fallstudien in den Stadtteilen Sandow in Cottbus, Südliche Neustadt in Halle (Saale) und Neu-Zippendorf sowie Mueßer Holz in Schwerin. Diese drei Gebiete wurden zwischen 1960 und 1990 alle in industrieller Bauweise als Großwohnsiedlungen errichtet. In den 1990er und 2000er Jahren verloren sie einen Großteil ihrer Bewohnerschaft und wurden zu Schauplätzen des Stadtumbaus Ost. Die Projektarbeit ist als Aktionsforschung angelegt. Die drei untersuchten Siedlungen werden dabei als „Reallabore“ betrachtet, in denen Entwicklungen in Echtzeit begleitet und erforscht werden können. Die einzelnen Forschungsschritte werden dabei in engem Austausch mit der Einwohnerschaft, sowie mit lokalen Initiativen, Wohnungsunternehmen und der Stadtverwaltung entwickelt. Auf dieser Basis werden schließlich Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Kontakt:

► **PD Dr. habil. Matthias Bernt**  
Tel. 03362 793 275  
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Die Verbundkoordination liegt bei Matthias Bernt von der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ des IRS, das in diesem Rahmen mit dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden, der Brandenburgischen Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH (B.B.S.M.) in Potsdam, dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin und der Stadt Schwerin kooperiert. Die Städte Cottbus und Halle (Saale) beteiligen sich als Praxispartner. ■

Zum Projekt



### Interview mit IRS-Alumnus Jörn Krupa

*Dr.-Ing. Jörn Krupa ist Leiter des Technologietransfers des Deutschen GeoForschungsZentrums (GFZ) in Potsdam. Von 2003 bis 2009 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der damaligen Forschungsabteilung „Regionalisierung und Wirtschaftsräume“ (heute „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“) des IRS. In dieser Zeit promovierte er an der Technischen Universität Berlin in Stadt- und Regionalplanung zum regionalen Wissenstransfer zwischen Fachhochschulen und Unternehmen.*



**Herr Krupa, was bedeutet Technologietransfer am GeoForschungsZentrum und welche Herausforderungen sind damit verbunden?**

Am GFZ haben wir entsprechend der Helmholtz-Mission das Selbstverständnis, nicht nur exzellente Wissenschaft zu betreiben, sondern auch, diese in die Nutzung zu überführen. Wir setzen verschiedene Transferkanäle wie Patente und Lizenzen, Ausgründungen oder Kooperationsprojekte ein, um Wissen und Technologien in die Anwendung zu bringen. Technologietransfer ist aber keine Einbahnstraße, sondern als ein wechselseitiger Austauschprozess anzusehen. Wir beziehen also die Impulse aus der Wirtschaft in die Forschung aktiv ein. Das Technologietransferteam unterstützt diesen Austausch und ebnet den Weg zum Kunden – was oft die schwierigste Etappe im Transferprozess ist. Dies hat mit Ressourcen wie Geld und Zeit, aber auch Informationsdefiziten zu tun. Wichtig sind generell Anreize, die das Engagement für den Transfer lohnend erscheinen lassen und anerkennen. Dabei kann auch aus den eher grundlagenorientierten Sektionen am GFZ etwas spannendes Neues auf den Markt kommen. Hier muss man das Anwendungspotential vielleicht etwas länger suchen und mal etwas querdenken. Und manchmal



Deutsches GeoForschungs-Zentrum (GFZ) in Potsdam  
Foto: Andreas Schwarzkopf/Eigenes Werk/CC BY-SA 3.0/ommons.wikimedia.org

muss man auch von den eigenen Ansprüchen runter: In der Forschung will man oft auf die dritte Nachkommastelle genau messen, während für die Entwicklung eines besseren und günstigen Sensors für den Markt die erste Stelle nach dem Komma locker reicht.

### Wie hat sich das Arbeitsfeld Wissens- und Technologietransfer in wissenschaftlichen Einrichtungen verändert?

In den letzten zehn Jahren hat sicher eine gewisse Professionalisierung im Wissens- und Technologietransfer in Deutschland stattgefunden. Themen wie Validierungsförderung, strategisches Innovationsmanagement, Gründungsförderung, Entrepreneurship Education, Acceleratoren oder Beteiligungsmanagement sind in den letzten Jahren diskutiert und teilweise etabliert worden. Hinzu kommen Ansätze im Kontext von Open Innovation wie Innovationslabore – ja auch durchaus am IRS ein Forschungsthema – oder Experimentierräume, die auch in der neuen Hightech-Strategie 2025 der Bundesregierung zu finden sind. Auch die neue Agentur für Sprunginnovationen und andere Ideen, disruptive Innovationen zu ermöglichen, sind ein Thema. Operativ erfährt die Verwertung von Software einen großen Bedeutungszuwachs. Einige Diskussionen haben sich in den Jahren seit ich mich in meiner Dissertation mit der Thematik beschäftigt habe, nicht verändert: Es wird stets postuliert, dass der Transfer immer wichtiger wird und zugleich beklagt, dass die Rahmenbedingungen wie Anreize (von Reputation über Begutachungskriterien bis zu materiellen Incentives) verbessert werden müssen. Gerade die Frage von „Impact“, aber auch dessen Messung hat an Bedeutung gewonnen.

### Was war Ihre wichtigste Lernerfahrung am IRS?

#### Was haben Sie aus Ihrer heutigen Sicht als wichtigste Qualifikation für Ihre aktuelle Tätigkeit mitgebracht?

Als die wichtigsten Lernerfahrungen, die auch immer noch von großer Bedeutung in meinem Berufsleben sind, würde ich zum einen das Methodenwissen, beispielsweise im Projektmanagement oder über die Gestaltung von Prozessen mit mehreren Akteuren und Interessenten, und zum anderen meine inhaltliche Beschäftigung mit den Themen Wissens- und Technologietransfer und regionale Innovationssysteme herausgreifen. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesen Themen auch im Rahmen meiner Dissertation war sicher hilfreich bei meinen bisherigen beruflichen Stationen, ist aber mittlerweile durch sehr viel Know-How aus der Praxis ergänzt worden. Die methodischen Qualifikationen, die man an wissenschaftlichen Institutionen und teilweise im Studium lernt, sind jedoch weiterhin mein tägliches Handwerkszeug: Sei es die Akquise und Strukturierung von Drittmittelprojekten, das Netzwerken mit Praxispartnern, die passende Gestaltung von Präsentationen oder Aushandlungsprozesse bei Lizenzdeals – der Grundstein wurde in meinen Jahren am IRS und an der TU Berlin gelegt.

### Wie hat sich Ihrer Meinung nach der Arbeitsmarkt auf dem Gebiet der raumbezogenen Sozialforschung verändert, sei es in der Wissenschaft oder der Praxis?

Meiner Einschätzung nach gibt es nun mehr Möglichkeiten als vor neun Jahren, als ich das IRS verließ. Insbesondere, wenn man in der Region Berlin-Brandenburg bleiben möchte. Das hängt damit zusammen, dass gerade in Berlin weitere Jobs bei Verbänden, in der Verwaltung oder

im Forschungsmanagement entstanden sind. Auch die Aussichten in der Wissenschaft sind meines Erachtens etwas besser. Nicht zuletzt, weil Leibniz, Helmholtz & Co., dank des Aufwuchses ihrer Grundfinanzierung, und auch die Unis in der letzten Dekade viele Stellen geschaffen haben, wenn auch weiterhin oft befristet bzw. drittmittelfinanziert. Mit Blick auf die ehemaligen Mitstreiterinnen und Mitstreiter würde ich einschätzen, dass die Mehrzahl eher nicht in der reinen Wissenschaft gelandet ist, sondern bei Verbänden und Vereinen, bei Projektträgern, in Ministerien und bei der Senatsverwaltung, im wissenschaftsnahen Management, in der Wohnungswirtschaft oder in Planungsbüros neue Tätigkeitsfelder gefunden hat.

### Welche Karrierestrategie raten Sie dem heutigen IRS-Nachwuchs?

Generell sollte man seinen Interessen folgen. Wenn diese in der exzellenten Grundlagenforschung liegen, würde ich empfehlen, dieses Ziel auch motiviert zu verfolgen. Allen anderen würde ich raten, offen zu sein für alternative Karrierepfade, da eben nicht jede Nachwuchswissenschaftlerin und jeder Nachwuchswissenschaftler eine Professur bekommen kann. Aus meiner Erfahrung ist es sicherlich hilfreich, ein Promotionsthema zu wählen, das einerseits zu den aktuellen Drittmittel- bzw. Forschungsprojekten passt und andererseits eine gewisse Praxisrelevanz hat, damit die Jobchancen außerhalb der Wissenschaft steigen. Meinen ersten Job nach dem IRS – als Referent für Transfer in der Helmholtz-Geschäftsstelle – habe ich z.B. nur aufgrund meines Dissertationsthemas erhalten. Ansonsten sind die schon angesprochenen methodischen Qualifikationen wie Projekt- und Prozessmanagement sicher Soft Skills, die man in vielen Berufen unserer wissensbasierten Gesellschaft benötigt. Daher kann man mit der Berufs- und Lebenserfahrung als IRS-Alumni durchaus selbstbewusst neue Herausforderungen angehen. ■

Kontakt:

► **Gerhard Mahnken**

Tel. 03362 793 113

gerhard.mahnken@leibniz-irs.de

### audit berufundfamilie IRS erhält zum zweiten Mal das Zertifikat

Das IRS erhielt am 25. Juni 2019 zum zweiten Mal das Zertifikat zum audit berufundfamilie. Die Re-Auditierung schließt an die erste erfolgreiche Auditierung im Jahr 2015 an. In deren Rahmen waren zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschlossen worden: die Weiterentwicklung der Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeitgestaltung, die Klärung der Möglichkeiten eines mobilen Arbeitens, eine Selbstverpflichtung zur Einhaltung familienbewusster Sitzungszeiten, die Ansprache des Themas im Mitarbeitergespräch, bedarfsorientierte Angebote zur Entlastung bei der Kinderbetreuung und bedarfsorientierte Informations- und Beratungsangebote für Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wurde nun geprüft.



Foto: Thomas Ruddies/Christoph Petras

Im Jahr 2018 trat eine neue Betriebsvereinbarung zum Thema Arbeitszeit und Arbeitsort in Kraft, welche die erste aus dem Jahr 1993 (mit Zusätzen von 1999 und 2004) ersetzt. Sie bietet einen Rahmen für ein hinsichtlich Zeit und Ort flexibles Arbeiten und soll sowohl den Erfordernissen der wissenschaftlichen Arbeit als auch den Bedarfen nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerecht werden. Seit ihrer Einführung im Jahr 2018 läuft die neue Betriebsvereinbarung im „Probetrieb“ und wird kontinuierlich evaluiert.



Bereits seit 2015 verfügt das IRS über ein Eltern-Kind-Büro, wodurch Beschäftigte die Möglichkeit haben, in Betreuungsnotfällen ihr Kind mit zur Arbeitsstelle zu bringen. Der Raum integriert einen Arbeitsbereich (PC, W-LAN), einen großzügigen Spiel- sowie einen Ruhe- und Schlafbereich. Er ist zugleich Rückzugsort zum Stillen, Füttern und Wickeln von Babys und Kleinkindern. Seit kurzem befindet sich das Büro in neu gestalteter Form im Gästehaus des IRS und ist seitdem noch attraktiver und flexibler nutzbar, wie die ersten Nutzungserfahrungen zeigen.

Diese und weitere Schritte, die das IRS in den letzten drei Jahren unternommen hat, wurden im Audit gewürdigt und gaben den Ausschlag dafür, dass das Institut gemeinsam mit 49 weiteren Arbeitgebern das Zertifikat zum zweiten Mal erhielt. Marie-Julie Jacquemot, Gleichstellungsbeauftragte des IRS, sagt dazu: „Die Verleihung des Zertifikates berufundfamilie an das IRS ist eine Anerkennung unserer Arbeit für eine bessere Vereinbarkeit von privaten und professionellen Pflichten. Dies macht das IRS als Arbeitgeber zusätzlich attraktiv. Zu wissen, dass man bei einem Betreuungseingpass mit dem Kind zu Arbeit kommen kann, oder auch, dass man das Angebot der mobilen Telearbeit nutzen kann, entlastet unsere Kolleginnen und Kollegen. Unsere Informationsveranstaltungen zum Thema Pflege oder auch der ‚Tag der Familie‘ werden sehr gut in der Belegschaft angenommen. In guter Zusammenarbeit mit der Institutsleitung und dem Betriebsrat haben wir schon vieles erreicht, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu vereinfachen.“

Kontakt:

► **Kathrin Westphal**

Tel. 03362 793 132

kathrin.westphal@leibniz-irs.de

Zur Website



## IRS startet Podcast Society@Space

Im Lauf des Jahres 2019 begann das IRS, sein Portfolio digitaler Medien der Wissenschaftskommunikation zu erweitern, und zwar in Form eines eigenen Institutspodcasts. Der Podcast Society@Space entstand auf experimentellem Weg. Anfang des Jahres reisten drei internationale Gäste der von Jana Kleibert geleiteten Nachwuchsgruppe TRANSEDU zu einem Konsultations-Workshop mit den drei Promovierenden der Gruppe nach Berlin. Sarah Hall (University of Nottingham), Kris Olds (University of Wisconsin, Madison) und Francis Collins (University of Waikato, Neuseeland) brachten sowohl Forschungsexpertise als auch persönliche Erfahrung mit dem Thema Hochschulinternationalisierung mit, dem Forschungsthema der TRANSEDU-Gruppe. So bot sich die Gelegenheit, im Vorfeld des Workshops eine Gesprächsrunde zu der Frage abzuhalten, warum Hochschulen auf einen zunehmend globalen Bildungsmarkt drängen.



Foto: IRS

Das Gespräch wurde von IRS-Pressereferent Felix Müller moderiert und audio-aufgezeichnet. Damit war die Grundstruktur eines IRS-Podcasts angelegt: ein moderiertes Gespräch zu einem aktuellen Thema mit Forschungs- und Gesellschaftsrelevanz und mit einem Fokus auf der persönlichen Perspektive der Forschenden.

Im Herbst 2019, als die weltweiten Proteste für mehr Klimaschutz einen vorübergehenden Höhepunkt in Form eines globalen Streiktages erreichten, führte Müller ein Gespräch mit IRS-Postdoc Timmo Krüger zu der Frage, ob eine Postwachstumsgesellschaft die richtige Antwort auf die Klimakrise ist. Beide Gespräche wurden über die IRS-Website sowie die Online-Plattformen Spotify und Apple Podcasts publiziert. Die Zielgruppe von Society@Space ist eine an Sozialwissenschaft und Gesellschaftspolitik interessierte Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb des Wissenschaftssystems.

Für das Jahr 2020 sind eine Verstetigung (drei bis vier Episoden pro Jahr in konstanten Abständen), eine technische Professionalisierung und eine weitere inhaltliche Profilschärfung des Formats geplant.

Podcasts erfreuen sich in der Wissenschaftskommunikation zunehmender Beliebtheit. Sowohl die Leibniz-Gemeinschaft selbst, als auch mehrere Leibniz-Institute, wie etwa das Leibniz-Institut für Medienforschung – Hans-Bredow-Institut (HBI) in Hamburg und das Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) in Leipzig, unterhalten eigene Podcasts. Umgekehrt sind Wissenschaftsinhalte in der Podcast-Landschaft gut repräsentiert.

Podcasts bieten der Wissenschaftskommunikation zahlreiche Vorteile: Sie können als digitale Audiomedien äußerst flexibel, etwa unterwegs, und parallel zu Alltagstätigkeiten rezipiert werden. Podcasts müssen – anders als Youtube-Videos oder Fernsehinterviews – nicht kurz sein. Das bedeutet, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich auf diesem Weg äußern, nicht kurzfassen müssen. Sie können sich, im Gegenteil, ausbreiten. Die Abwesenheit einer Kamera sowie die typischerweise entspannte Gesprächsatmosphäre bei der Aufzeichnung befreien, im Vergleich zu Videoaufzeichnungen, von Lampenfieber.

Kontakt:

► **Dr. Felix Müller**  
Tel. 03362 793 159  
felix.mueller@leibniz-irs.de

Die Produktion einer Podcast-Episode ist mit vergleichsweise kleinem Ressourceneinsatz verbunden. Nutzte das IRS bislang ein auf Podcasts spezialisiertes Tonstudio in Berlin, so sind für 2020 Investitionen in eigenes Aufnahme-Equipment geplant, was den Ressourceneinsatz pro Episode weiter senken wird.

Zum Podcast 

### IRS-Beschäftigte verzichten für den Klimaschutz auf Flugreisen

Etwa die Hälfte der IRS-Beschäftigten beteiligte sich anlässlich des globalen Klimastreiks am 20. September 2019 an einer Klima-Initiative von Forscherinnen und Forschern an insgesamt sieben Berlin-Brandenburger Wissenschaftsinstitutionen. Sie verpflichteten sich, künftig bei Dienstreisen über Kurzstrecken – also bei Entfernungen unter 1.000 Kilometern oder bei Reisezeiten unter zwölf Stunden mit der Bahn – auf das Fliegen zu verzichten und auf klimafreundliche Verkehrsmittel wie die Bahn umzusteigen. Die Aktion nahm an der Technischen Universität Berlin ihren Ausgang und wurde über das Netzwerk Scientists4Future organisiert. Neben dem IRS waren auch die drei großen Berliner Universitäten, die Beuth-Hochschule, die Universität Potsdam und die Hochschule Potsdam beteiligt.



Foto: Stefan Müller

Mobilität ist für die Wissenschaft unverzichtbar, etwa im Rahmen von Forschungsreisen, Konferenzbesuchen und Gastaufenthalten. Zugleich führen dienstliche Flüge zu erheblichen Treibhausgasemissionen. Auf diese zumindest in solchen Fällen zu verzichten, in denen es praktikable Alternativen gibt, kann helfen, den Klimafußabdruck der Wissenschaft zu verringern.

Ludger Gailing, kommissarischer Leiter der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ und Mitunterzeichner der Initiative erklärt: „Ich halte einen Flugverzicht aus Klimaschutzgründen für richtig und auch für umsetzbar. Innerhalb von Europa fliege ich generell nicht zu Konferenzen und Forschungsaufenthalten, sondern fahre Bahn. Meiner Erfahrung nach

sind Bahnreisen auch nicht generell teurer als Flugreisen, wenn sie zeitig gebucht werden. In Hochgeschwindigkeitszügen kann ich außerdem sehr gut arbeiten; es gibt überall W-LAN und Ruheabteile. Die Stunden auf der Reise sind oft meine produktivsten."

Oliver Ibert, Direktor des IRS sagt dazu: „Ich begrüße ausdrücklich, dass diese Diskussion geführt wird, auch im IRS. Ich unterstütze die Bemühungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ihren Klimafußabdruck zu verringern. Für mich ist jedoch klar, dass Mobilität, auch schnelle und flexible Mobilität, für die Wissenschaft unverzichtbar ist. Wir müssen an vielen Stellschrauben arbeiten, um die Nachhaltigkeit von Forschungsaktivitäten zu verbessern: dem Reisekostenrecht, der Förderpraxis von Drittmittelgebern, der Nutzung von Videokonferenzen und vielem mehr."

Kontakt:

► [Dr. Ludger Gailing](#)

Tel. 03362 793 252

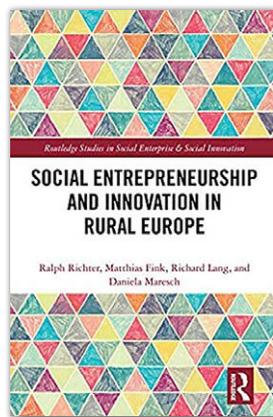
[ludger.gailing@leibniz-irs.de](mailto:ludger.gailing@leibniz-irs.de)

Die Ergebnisse der Gesamtkaktion wurden auf der zentralen Kundgebung zum Klimastreik am 20. September 2019 vor dem Brandenburger Tor in Berlin vorgestellt.

[Zur Website](#)



### Neu erschienen Wie Sozialunternehmen Innovationen auf das Land bringen



Sozialunternehmen verfolgen soziale Ziele mit unternehmerischen Mitteln und werden vor allem dort aktiv, wo sich Staat und Markt zurückziehen. Die „Social Business Initiative“ der Europäischen Union (2011) sieht in Sozialunternehmen die Chance zur Entwicklung innovativer Lösungen für ökonomische und soziale Herausforderungen durch verbesserte soziale Angebote vor Ort und Bemühungen um territorialen Zusammenhalt.

IRS-Mitarbeiter Ralph Richter, seine Mit-Autorin Daniela Maresch von der University of Southern Denmark sowie die Mitautoren Matthias Fink und Richard Lang von der Johannes Kepler Universität Linz untersuchen in ihrem gerade im Routledge Verlag erschienen Buch „Social Entrepreneurship and Innovation in Rural Europe“, was Sozialunternehmen im ländlichen Raum bewirken können und vor allem wie sie das tun. Die Ergebnisse beruhen auf einer vergleichenden Längsschnittuntersuchung von ländlichen Sozialunternehmen in Irland, Polen, Österreich und Griechenland. Mit qualitativ-ethnografischen Methoden untersuchte das Autorenteam vor Ort für jeweils zwei Monate die Fallunternehmen und ihre Einbettung in das ländliche Umfeld. Die Publikation geht zurück auf das von der EU geförderte Forschungs- und Austauschprojekt RurlInno („Social Innovations in Structurally Weak Rural Regions: How Social Entrepreneurs Foster Innovative Solutions to Social Problems“), welches das IRS zwischen 2016 und 2018 koordinierte.

*Richter, Ralph; Fink, Matthias; Lang, Richard; Maresch, Daniela (2019):  
Social Entrepreneurship and Innovation in Rural Europe. London: Routledge.*

Neu erschienen  
**disP-Themenheft zu  
Zuwanderung und  
Stadtpolitik**

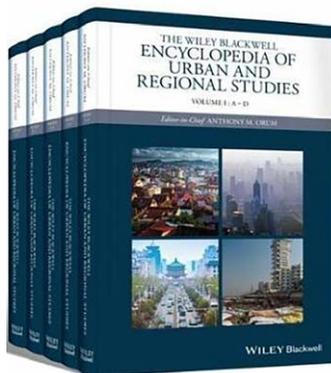


Der Zusammenhang zwischen Stadtentwicklung und Migration wird kontrovers diskutiert. Wie kann Stadtpolitik mit Zuwanderung umgehen? Manfred Kühn vom IRS und Sybille Münch, Juniorprofessorin für Theory of Public Policy an der Leuphana Universität Lüneburg, haben als Gasteditoren ein Themenheft zu dieser Frage in der Fachzeitschrift „disP – The Planning Review“ herausgegeben (disP 3/2019). Diese Zeitschrift ist in europäischen Planungskreisen renommiert und wird von der ETH Zürich herausgegeben. Das Themenheft geht folgenden Fragen nach: Welche Handlungsspielräume zur Steuerung von Zuwanderung hat die Stadtpolitik? Welche treibenden Kräfte für und welche Widerstände gegen Zuwanderung gibt es in der Kommunalpolitik?

Vier Beiträge beziehen sich dabei auf Kommunen in Deutschland. Unter anderem stellt Matthias Bernt vom IRS das Beispiel Leipzig vor. Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Diskussion um ein neues Einwanderungsgesetz in Deutschland vergleicht der Beitrag von Oliver Schmidtke die lokalen Steuerungsmöglichkeiten im klassischen Einwanderungsland Kanada mit denen in Europa.

*Kühn, Manfred; Münch, Sybille (Hrsg.) (2019):  
Zuwanderung und Stadtpolitik – Immigration and Urban Policy.  
disP: The Planning Review, Special Issue  
Bd. 55(3). Abingdon: Taylor & Francis.*

Neu erschienen  
**Wiley-Blackwell Encyclopedia of  
Urban and Regional Studies**



Im April 2019 erschien erstmals die „Wiley-Blackwell Encyclopedia of Urban and Regional Studies“. Es handelt sich dabei um das weltweit größte Nachschlagewerk zur Stadt- und Regionalforschung, und es erscheint mit Wiley-Blackwell bei einem Verlag mit einem starken track record für international renommierte Enzyklopädien. Das Werk umfasst fünf Bände und über 600 Einträge, die in dreijähriger Arbeit unter der Leitung des Editor-in-Chief, des amerikanischen Soziologen Anthony Orum, zusammengetragen wurden. Dabei agierte Gabriela Christmann, Leiterin der IRS-Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“ als Section Editor für Europa. Die Verteilung der Stichwort- und Autorenauswahl auf 14 Section Editors, die verschiedene Weltregionen repräsentieren, trug dem Umstand Rechnung, dass raumwissenschaftliche Begriffe stark von regionalen Planungs-, Politik- und Forschungskulturen geprägt sind. Christmann zeichnete damit für 40 Beiträge redaktionell verantwortlich.

Einige dieser Beiträge kommen aus dem IRS selbst. Oliver Ibert, Direktor des IRS und Leiter der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ verfasste den Beitrag zu „Creative Class“. Die ehemalige IRS-Direktorin Heiderose Kilper verfasste gemeinsam mit Ludger Gailing, kommissarischer Leiter der Abteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ den Beitrag zu „Cultural Landscapes“. Matthias Bernt, Senior-Wissenschaftler der Abteilung „Regenerierung von Städten“ verfasste den Beitrag zu „Shrinking Cities“. Von Christmann selbst stammen die Beiträge zu den Begriffen „Spatial Pioneers“ und „Community Studies“.

*Orum, A. M. (Ed.) (2019): The Wiley Blackwell Encyclopedia of Urban and Regional Studies.  
Hoboken, Wiley Blackwell.*

## Neu erschienen Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung

Für die raumbezogene Forschung und die Planungspraxis im deutschsprachigen Raum ist das „Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) von besonderer Bedeutung.

Es kam im Frühjahr 2019 auf den Markt. Erstmals war das Werk 1966 unter dem Titel „Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung“ erschienen. Über die Jahrzehnte hinweg entwickelte sich das Handwörterbuch zu einem Standardwerk. In der aktuellen Auflage erfährt das Werk eine thematische Ausweitung, auf die der Titel („Stadt- und Raumentwicklung“) verweist. Damit ist zum einen die örtliche Ebene der Städte und Gemeinden angesprochen, zum anderen der Aspekt der räumlichen Entwicklung. Mit 284 Beiträgen ist diese Ausgabe fast um ein Drittel umfangreicher als die vorangegangene.



Zehn dieser Beiträge stammen aus der Feder von IRS-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Heiderose Kilper verfasste die Artikel zu den Begriffen „Raumwissenschaften“ und „Governance“ (letzteren gemeinsam mit Arthur Benz). Von Ludger Gailing stammen die Beiträge zu „Gemeinwohl“, „Gemeinschaftsgüter“ (beide gemeinsam mit Timothy Moss) und „regionale Freiraumkonzepte“. Felicitas Hillmann, Leiterin der Abteilung „Regenerierung von Städten“ verfasste den Beitrag zu „soziale und ethnische Integration“. Stark vertreten ist das IRS auch hier bei aktuellen Stadtentwicklungsthemen wie „Festivalisierung“ (Oliver Ibert), „Schrumpfung“ (Matthias Bernt), „Stadtumbau“ (Anja Nelle, ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung „Regenerierung von Städten“) und „Zwischennutzung“ (Gabriela Christmann).

*Blotevogel, H. H.; Döring, T.; S. Grotefels; Helbrecht, I.; Jessen, J.; Schmidt, C. (Hrsg.)(2018):  
Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover:  
Akademie für Raumforschung und Landesplanung.*



### Gast- und Vertretungsprofessuren

► **Prof. Dr. Felicitas Hillmann**, Leiterin der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ und gemeinsam berufene Professorin für das Fachgebiet „Transformation städtischer Räume im internationalen Kontext“ an der Technischen Universität Berlin, hielt sich im Oktober 2019 als Visiting Professor an der Sapienza Università di Roma,

Dipartimento di Scienze Sociali ed Economiche auf. Sie beteiligt sich dort an der Lehre sowie am Aufbau des italienisch-deutschen Stadt-labors „Rigenerazione urbana: ricerca – azioni – idee in Roma e Berlino“.



► **Prof. Dr. Kristine Kern**, Senior-Wissenschaftlerin in der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“, ist seit 2017 Gastprofessorin für Public Administration an der Åbo Akademi University in Turku, Finnland, im Rahmen der Profile Area „The Sea“ der

Åbo Akademi gemeinsam mit der Universität Turku. Die Profile Area bündelt Forschungskompetenzen zur Entwicklung des Ostseeraums. Im Rahmen des Projekts „Matching Forerunner Cities“ (MaFoCi) wird die Gastprofessur bis Ende 2020 verlängert.



► **Prof. Dr. Suntje Schmidt**, stellvertretende Abteilungsleiterin der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ und Juniorprofessorin für Angewandte Wirtschaftsgeographie an der Humboldt-Universität zu Berlin, nimmt seit Oktober 2019 für zwölf

Monate die Vertretung der Professur für Wirtschaftsgeographie an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen wahr.

### Auszeichnung



► **Dr. Laura Calbet i Elias**, Postdoktorandin in der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“, wurde im Juni 2019 für ihre Doktorarbeit gemeinsam mit einer weiteren Preisträgerin und zwei Preisträgern mit dem Studienpreis Wohnungspolitik (zweiter Platz) des Deutschen Mieterbundes ausgezeichnet. Der Preis wird gemeinsam mit dem Institut für Raumplanung (IRPUD) der Technischen Universität Dortmund vergeben. Mit ihm werden herausragende Forschungsarbeiten gewürdigt, die zu

einem besseren Verständnis aktueller Wohnungsmarktprozesse beitragen. Calbet ist Stadt- und Regionalplanerin. In ihrem Promotionsprojekt untersuchte sie am Beispiel von Berlin, wie der Wohnungsneubau sich durch den zunehmenden Einfluss von Kapitalmärkten verändert.

### Abteilungsleitung



► **Dr. Jana Maria Kleibert**, Postdoktorandin und Nachwuchsgruppenleiterin in der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“, übernahm am 1. Dezember 2019 die kommissarische Leitung dieser Abteilung.

Die kommissarische Leitung durch Jana Maria Kleibert ist bis Ende September 2020, dem Zeitpunkt der geplanten Rückkehr von Prof. Dr. Suntje Schmidt von ihrer Vertretungsprofessur in Aachen, befristet.

## Neu im IRS



► **Dr. Frank Betker** ist seit Februar 2019 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im BBSR-Projekt „Bauen und Planen im Nationalsozialismus. Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen: Wohnungs- und städtebauliche Weichenstellungen in SBZ und DDR bis 1955“ in der Historischen Forschungsstelle beschäftigt. Gemeinsam mit Harald Engler leitet er das Projekt und beschäftigt sich vorrangig mit Institutionen und Strukturen, Akteuren und Schlüsselpersonen.



► **Sarah Brechmann** arbeitet seit Februar 2019 als Referentin Forschungsförderung und Internationales im Bereich Wissenschaftsmanagement und -kommunikation. Zuvor war sie im Sektor der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, mit Spezialisierung auf EU-Förderprogramme tätig.



► **Sarah Day** ist seit Februar 2019 als Dokumentarin im BMBF-Projekt „StadtWende“ in der Historischen Forschungsstelle beschäftigt. Sie studierte im Bachelor Museumskunde an der Hochschule für Technik und Wirtschaft mit dem Fokus der Museumsdatenbanken im Internet. Den Master absolvierte sie im Fachbereich der Bibliotheks- und Informationswissenschaft an der Humboldt Universität zu Berlin, in ihrer Abschlussarbeit beschäftigte sie sich mit der Qualitätsbeurteilung von Metadaten in den digitalen Geisteswissenschaften.



► **Alica Repenning** ist seit Februar 2019 als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin in der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschaftsräumen“ am IRS beschäftigt. Im Rahmen des Leitprojekts forscht sie zum Thema „Plattform-Ökologie: Kreative Zusammen-

Sie hat internationale Arbeitserfahrung in den Niederlanden und der Ukraine gesammelt. Ihren BA in Europäischen Studien erlangte sie an der Universität Maastricht und ihren MA in Internationalen Beziehungen und Internationalen Organisationen an der Universität Groningen.

arbeit im Spannungsfeld zwischen virtuellen und konkreten Räumen am Beispiel von Modedesign“. In ihrem Dissertationsprojekt wird sie sich mit den Implikationen der Wechselwirkungen von materiellen und immateriellen Räumen auf den Innovationsraum Stadt beschäftigen.



► **Julia Wigger** ist seit Februar 2019 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-Projekt „Stadterneuerung am Wendepunkt – die Bedeutung der Bürgerinitiativen gegen den Altstadtverfall für die Wende in der DDR“ der Abteilung „Historische Forschungsstelle“ beschäftigt. Im

Rahmen dieses Projekts erstellt sie ihre Dissertation über die Genese und Wirkung der Bürgerinitiativen gegen den Altstadtverfall und ihre Bedeutung für die friedliche Revolution.



► **Stefanie Brünenberg** ist Architekturhistorikerin und arbeitet seit April 2019 in der Historischen Forschungsstelle am DFG-Projekt „Architektur- und Planungskollektive der DDR“. Seit 2015 wird sie bei Werner Durth an der Technischen Universität Darmstadt zur Bedeutung der

visuellen Raumwirkung historischer Stadtgrundrisse in nachkriegsmo-  
dernen Städtebautheorien promoviert.



► **Dr. Wolfgang Haupt** ist seit Mai 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen – Typologien und Transfer von Anpassungsstrategien in kleinen Großstädten und Mittelstädten“. In seiner Forschung beschäftigt er sich

schwerpunktmäßig mit kommunaler Klimapolitik, transnationalen Klima-  
netzwerken, interkommunalen Lernprozessen sowie dem Transfer und  
der Mobilität von lokalen Klimaschutzmaßnahmen.



► **Nicole Zerrer** ist seit Juni 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“. Die Kommunikations- und Politikwissenschaftlerin forscht

als Doktorandin im Leitprojekt „Smart Villagers. Digitalisierungen und  
soziale Innovationen in ländlichen Räumen.“



► **Dr. Madlen Pilz** ist seit Juli 2019 in den Projekten „Vom Stadtumbau-  
schwerpunkt zum Einwanderungsquartier? Neue Perspektiven für peri-  
phere Großwohnsiedlungen“ (StadtumMig) und „Estates after Transition“  
(EAT) tätig. Nach ihrem Studium der Europäischen Ethnologie hat sie

ebenfalls an der Humboldt-Universität zu Berlin zu postsozialistischen  
Transformationen im urbanen Raum promoviert und anschließend in  
einem Projekt zur postmigrantischen Stadt am Leipziger Leibniz-Ins-  
titut für Länderkunde gearbeitet.

► **Nadine Sommer** ist seit August 2019 im IRS in den Bereichen Dritt-  
mittelverwaltung und Finanzen, insbesondere Anlagenbuchhaltung und  
Jahresabschluss, tätig. Sie studierte an der Fachhochschule für Ver-

waltung und Rechtspflege Berlin Steuerrecht und bringt Berufserfahrung  
in der öffentlichen Finanzverwaltung und der Steuerberatung mit.



► **Dr. Peter Eckersley** ist seit September 2019 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ im Projekt „Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen – Typologien und Transfer von Anpassungsstrategien in kleinen Großstädten und Mittelstädten (ExTrass)“ in Teilzeit

beschäftigt. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen lokale Governance, Klimawandel, Policyforschung und Sparpolitik. Neben seiner Tätigkeit am IRS ist er Herausgeber der referierten wissenschaftlichen Zeitschrift „Local Government Studies“ und arbeitet in Teilzeit als Senior Research Fellow an der Nottingham Trent University in Großbritannien.



► **Jeannette Higiroy** ist seit September 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Resilienter Krisenumgang: Die Rolle von Beratung bei der Schaffung und Nutzung von ‚Gelegenheiten‘ in Krisenverläufen (RESKIU)“ in der Forschungsabteilung „Dynamiken von Wirtschafts-

räumen“. Zuvor schloss sie ihr Masterstudium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Schwerpunkt soziale und politische Ungleichheiten ab.



► **Dr. des. Peter Ulrich** ist seit September 2019 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“ beschäftigt. Er forscht am IRS im Rahmen des Projektbündnisses „Regionalisierung 4.0“, das aus dem BMBF-Pro-

gramm „WIR! – Wandel durch Innovation in der Region“ gefördert wird. In der Arbeit des Regionalbündnisses ist er zuständig für das Teilvorhaben „Innovationsumfeld und Governance“, das der Weiterentwicklung der Innovationsstrategie in der Untersuchungsregion dient.



► **Sandro Waterstrat** absolviert seit September 2019 am IRS eine Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement. Sandro Waterstrat wird in allen Bereichen der IRS-Verwaltung einschließlich der Assistenz der

Forschungsabteilungen ausgebildet. Der Schwerpunkt seiner Ausbildung liegt in den Bereichen Finanzen und Personal.

► **Elisa Kochskämper** ist seit Oktober 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter“. Sie arbeitet im Leitprojekt „Kritische Infrastrukturen. Die politische Konstruktion, Räumlichkeit und Governance von Kritikalität“, in welchem ihr Fokus auf urbaner Klimawandelanpassung liegt.

Seit 2013 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Leuphana Universität Lüneburg in der Forschungsgruppe „Governance, Partizipation und Nachhaltige Entwicklung“ tätig. Ihre Forschung befasste sich u. a. mit kollaborativer und partizipativer Planung in Europa.

### Der harte Kampf um jedes Windrad

Der Widerstand gegen Windkraft ist dezentral. „Ob sich ein Protest bildet, hängt meistens davon ab, ob es vor Ort gut vernetzte Personen gibt, die ihn anführen“, sagt Eva Eichenauer, Forscherin am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung. Die Gründe dafür, dass Bürger Anstoß an den Windanlagen nehmen, sind oft ähnlich: Sie haben das Gefühl, die Landschaft würde verschandelt, fürchten den Wertverlust ihres Hauses, gesundheitliche Risiken oder sie führen, wie die Klagen zeigen, den Artenschutz an. Häufig überschneiden sich die Gründe. „Hat sich einmal eine Bürgerinitiative gebildet, arbeitet sie meist nach Schema F“, sagt Eichenauer. Die Mitglieder informieren sich über das Internet und stoßen rasch auf die Angebote der Antiwindkraft-Lobby „Vernunftkraft“, die Informationsmaterial und rhetorisch versierte Redner anbieten. Bündnisse wie diese haben laut Eichenauer zur Professionalisierung des Protests beigetragen. Auf diesem Wege bekommen die Initiativen häufig auch Hilfe, wie sie Klage einreichen können. Zugleich haben sich vielerorts politische Bürgerlisten gebildet, deren einziges Ziel es ist, in Gemeinderäten den Bau von Windkraftanlagen und Stromtrassen zu verhindern.

Frankfurter Allgemeine online, 18.11.2019

### Kein Abriss unter dieser Nummer

In vielen Städten der DDR verhinderten Bürgerinitiativen den Abriss der Altstädte. Nun beschäftigt sich ein Forschungsprojekt damit ... Geschichten gibt es viele über den Prenzlauer Berg. Eine davon erzählt, wie Oppositionelle bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 den Wohnbezirksausschuss (WBA) der Nationalen Front unterwanderten – und die Oderberger Straße zur Keimzelle alternativen Lebens machten ... Matthias Klipp erzählte die Geschichte am Montagabend im Nachbarschaftshaus in der Oderberger Straße 19 noch einmal. Der spätere Baustadtrat von Prenzlauer Berg und Baudezernent in Potsdam hatte 1989 als unabhängiger Kandidat für den WBA kandidiert, er ist also Zeitzeuge für die friedliche Revolution, die in der Oderberger Straße auch eine städtebauliche Wende war. Eingeladen wurde Klipp von der TU Kaiserslautern und dem Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner. Beide haben mit einem Forschungsprojekt begonnen: „1989. Friedliche Revolution in der Stadterneuerung und das Ende der Abrisspolitik“.

taz online, 23.10.2019

### Nah am Wasser gebaut

Forscher der Uni Potsdam wollen herausfinden, wie die Potsdamer mit Sommerhitze klarkommen. Zudem geht es darum, was die Stadt von anderen Kommunen zum Thema Klimaanpassung lernen kann ... Es war der drittwärmste Sommer seit Aufzeichnungsbeginn. Was für die einen eine Freude war, fiel anderen hingegen zur Last: die Hitze. Wissenschaftler der Uni Potsdam wollen nun mit Kollegen vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner für das Projekt „ExTrass“ herausbekommen, wie die Potsdamer mit Hitzewellen zurechtkommen ... Parallel dazu wollen die Forscher herausfinden, wie es um die Klimaanpassung in deutschen Städten steht – und welche erfolgreichen Maßnahmen einzelner Kommunen übertragbar sind ... Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, Städte besser vor extremer Hitze zu schützen. Die Wissenschaftler interessieren sich besonders, wie die Einwohner Hitze wahrnehmen, welche Auswirkungen sie erleben und welche Risiken sie erkennen.

Potsdamer Neueste Nachrichten, 18.09.2019

---

## IMPRESSUM

---

IRS AKTUELL No 93, Dezember 2019

Herausgeber:



Leibniz-Institut für  
Raumbezogene Sozialforschung  
Flakenstraße 29-31, 15537 Erkner  
Tel. 03362 793 0, Fax: 03362 793 111  
E-Mail: felix.mueller@leibniz-irs.de  
► [www.leibniz-irs.de](http://www.leibniz-irs.de)

Das IRS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft



Leitung: Prof. Dr. Oliver Ibert  
Redaktion: Felix Müller (v.i.S.d.P.), Petra Koch  
Layout: Henrika Prochnow  
Die Beiträge in diesem Magazin entstanden in Zusammenarbeit von Felix Müller mit den Wissenschaftler/-innen des IRS.

Fotos:

Portraits:

Frank Bentert: Manfred Kühn;  
Dagmar Morath: Felicitas Hillmann;  
weitere Fotos: Urheber sind direkt am Foto genannt  
oder die Fotos gehören dem IRS



Foto: Biel Morr/unsplash.com

7 – 8 May 2020 | Berlin Social Science Center (WZB)  
Reichpietschufer 50 | 10785 Berlin

## Energy Futures Conference

# Emerging Pathways in an Uncertain World!

The future of energy is highly uncertain. Under the looming threat of climate change, there is increasing pressure to transform the ways in which energy is generated, distributed, traded and consumed in order to achieve more sustainable futures. Yet the conditions of these transformations are constantly changing. While the Fridays for Future movement has shown increasing support for environmental transformations, the political atmosphere under which energy transitions are being implemented has changed.

Large sections of society are openly contesting the prospect of a complete energy turn-around, especially in rural areas or former coal-mining regions. Political regulation is in constant flux due to the fear of losing competitive advantages, forfeiting economic prosperity and losing votes. Political support and leadership for clean energy transitions is waning.

At the same time, energy start-ups are testing and expanding their innovative business models. There is increasing belief in the possibility and economic feasibility of decentralizing energy management through smart applications in homes and neighborhoods. Incumbent energy industries are increasingly partnering with small energy entrepreneurs and expanding their expertise in the digital high-tech sphere. Home owners and increasingly also renters are benefitting from renewable energy technologies and building their own capacities in a formerly unknown area.

In short, the future pathways of renewable energy transitions are being imagined and implemented in very different and in part contradictory ways. This conference therefore asks: What can we expect of energy futures?

► [For Further Information](#)

